



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

199. Sitzung, Dienstag, 14. Dezember 2010, 18.45 Uhr

Vorsitz: *Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil)*

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen..... Seite 13151

12. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2011 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2011–2014 (KEF 2011) (Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 15. September 2010, Nachtrag vom 3. November 2010 und geänderter Antrag der FIKO vom 25. November 2010, **4725b**

Fortsetzung der Beratungen Seite 13152

Verschiedenes

- Festtagswünsche des Regierungsrates..... Seite 13203
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 13204

Geschäftsordnung

Ratspräsident Gerhard Fischer: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Keine Wortmeldungen

12. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2011 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2011–2014 (KEF 2011) (Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 15. September 2010, Nachtrag vom 3. November 2010 und geänderter Antrag der FIKO vom 25. November 2010, [4725b](#)

Fortsetzung der Beratungen

Konto 8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)

Antrag 30a. **Minderheitsantrag Sabine Ziegler, Peter Anderegg, Robert Brunner, Marcel Burlet, Benno Scherrer Moser (KEVU)**

Budgetkredit Erfolgsrechnung

Verschlechterung: Fr. 180'000

Gemeinden werden gemäss Richtplan Ver- und Entsorgung bei Fragen, Kommunikation und Recherche zum geologischen Tiefenlager unterstützt.

Sabine Ziegler (SP, Zürich): Vor ein bisschen mehr als einem Jahr haben wir den Richtplan Ver- und Entsorgung verabschiedet. Hier finden wir folgendes Zitat: «Im Kanton Zürich wird kein Standort für die geologischen Tiefenlager zur Entsorgung radioaktiver Abfälle festgelegt. Sollte vom Bund ein Entscheid getroffen werden, welcher sich in räumlicher Hinsicht auf den Kanton Zürich auswirkt, wird das Verfahren für den Sachplan des Bundes und die erforderliche Anpassung des Kantonalen Richtplans aufeinander abgestimmt.» Jetzt haben vor ein paar Wochen gehört, dass im Kanton Zürich zwei Standorte in Betracht gezogen worden sind, einerseits das altbekannte Benken und andererseits ein Standort nördlich der Lägern.

Vor knapp einer Woche hat der Regierungsrat seinen Energieplanungsbericht verabschiedet. Hier wiederum hat er auch deutlich gesagt, dass er keine geologischen Tiefenlager im Kanton Zürich wünscht. Im Rahmen der Debatte vor ein bisschen mehr als einem Jahr war es auch klar, dass die Gemeinden, die von einem solchen geologischen Tiefenlager betroffen sind, vom Kanton unterstützt

werden, weil dies nicht nur die Sorge einer Gemeinde ist, sondern die Sorge eines grösseren Raums, besser gesagt des Kantons Zürich. So die Ausgangslage.

Aber, was machen wir heute? Heute sollen wir einen Antrag für eine Kürzung von 180'000 Franken für die Unterstützung dieser Gemeinden gutheissen. So nicht! Warum nicht? Weil diese Gemeinden im Rahmen der verschiedenen Kommunikationen, Recherchen und der unterschiedlichen Standorte der Unterstützung des ganzen Kantons bedürfen. Ich weiss, Regierungsrat Markus Kägi wird sicher sagen: Ja, wir haben doch noch ein Kässeli von einer halben Million Franken. Aber, warum kürzt er jetzt noch um 180'000 Franken? Er hat in der Kommission ganz deutlich gesagt, dass der Bund auch Mittel zur Verfügung stellt. Aber ist das neutrales Geld? Wenn der Bund sowieso schon die Absicht hat, zwei dieser Standorte im Kanton Zürich zu machen, dann zahlen sie doch nicht so viel Geld für die Unterstützung eines Neins. So nicht!

Ein Beitrag von 180'000 Franken mag nicht allzu hoch klingen. Wenn Sie die Gemeindebudgets der betroffenen Gemeinden anschauen, dann haben sie diese Mittel nicht. Die dürfen wir ihnen in den nächsten paar Jahren nicht entziehen.

Wir wollen kein Tiefenlager. Es ist nicht richtig, wenn wir heute diese Mittel entziehen in diesem spannenden und wichtigen Prozess der Aushandlung, wo wir ein geologisches Tiefenlager für die radioaktiven Abfälle haben wollen. Entweder sagt der Kanton hier Ja, wir wollen so ein Lager. Dann sprechen wir aber Klartext, worum es geht. Aber, nur ein bisschen zu kürzen, ist nicht richtig.

Die 180'000 Franken sind gemessen am Gesamtbudget nicht viel Geld. Für die Gemeinden ist es wichtig, und auch als Signal um den ganzen Diskurs um die geologischen Tiefenlager ist es essentiell.

Diese Kürzung wollen wir nicht hinnehmen. Bitte sprechen Sie 180'000 Franken. Wir haben keine andere Wahl.

Ruedi Menzi (SVP, Rüti), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Die KEVU lehnt diesen Antrag ab. Die Mehrheit der Kommission hält die San10-Massnahme in diesem Bereich für vertretbar. Der Antrag nimmt Bezug auf eine Sanierungsmassnahme, die eine Reduktion des Aufwands für Kommunikation geologisches Tiefenlager um 180'000 Franken vorsieht.

Bei dieser Reduktion handelt es sich nicht um eine Kürzung, sondern lediglich um eine Reduktion der zur Verfügung gestellten Gelder. Es stehen immer noch 287'000 Franken zur Verfügung. Der Baudirektor hat der Kommission versichert, dass die Bevölkerung der potenziell betroffenen Gebiete nicht im Stich gelassen wird.

Benno Scherrer Moser (GLP, Uster): Der Kanton will auf Kernkraftwerke setzen – wir Grünliberale nicht. Der Kanton will die Gemeinden unterstützen, ihre Interessen wahrnehmen zu können im Zusammenhang mit möglichen Tiefenlagern im Kanton Zürich – wir Grünliberale auch. Der Kanton will diesen Beitrag kürzen – wir Grünliberale nicht. Will der Kanton die Gemeinden wirklich noch unterstützen? Wir bezweifeln es. Gleichzeitig auf AKW (*Atomkraftwerk*) zu setzen und die eigenen Gemeinden hängen zu lassen, das ist nicht schön, aber vielleicht ehrlich, denn wer auf AKW setzt, muss bereit sein, diese Last zu tragen.

Jetzt geht es nicht nur darum, unsere Gemeinden zu stärken, sondern auch um Standortwettbewerb, weil Zürich als Lager für radioaktive Abfälle, das macht sich im Standortwettbewerb nicht so gut.

Wir werden die Kürzung ablehnen und wollen den gesamten ursprünglichen Betrag einsetzen.

Willy Germann (CVP, Winterthur): Wir lehnen den Minderheitsantrag ab.

Sabine Ziegler, wir wollen auch kein Tiefenlager, aber neben den Millionen der NAGRA (*Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle*) für Bohrungen und Recherchen braucht es nicht nochmals 180'000 Franken. Es braucht nur vier Buchstaben: nein oder non auf Französisch mit drei Buchstaben. Das zu kommunizieren braucht auch nicht 180'000 Franken.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Lieber Willy Germann, eigentlich wollte ich nach dem Essen ruhen oder 100 Schritte tun. Ich wollte mich eigentlich in Ruhe in die Diskussion einbringen. Was Sie jetzt gemacht haben, war ganz schlecht. Erstens geht es um ein Kommunikationsbudget, um die Information über ein Tiefenlager und nicht um ein Nein oder ein Ja zu irgendetwas. Es geht auch nicht um die Entsorgung von radioaktivem Material. Es geht nicht um Kernkraftwer-

ke. Es geht um ein Informationsbudget. Da wir in dieser Thematik im Kanton Zürich noch keine Erfahrungen haben, wieviel es braucht, hat man im AWEL (*Amt für Wasser, Energie und Luft*) einmal einen Betrag eingestellt. Jetzt zeigt sich, dass mit dem Bund und der Energiewirtschaft dieser Betrag für die Gemeinden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht gebraucht wird. Natürlich wird der Kanton die Gemeinden in der Information über die Problematik unterstützen. Aber, dieser Betrag wird voraussichtlich nicht in der entsprechenden Grösse ausgeschöpft. Also kann man ihn kürzen. Wir werden sehen, dass die Kommunikation sehr gut funktionieren wird. Regierungsrat Markus Kägi hat schon verschiedene Veranstaltungen zum Thema durchgeführt. Die Gemeinden werden sicher nicht im Stich gelassen, Benno Scherrer. Also machen wir jetzt hier nichts anderes, als mit dem Antrag Sabine Ziegler wieder ein bisschen Luft in etwas hineindepumpen, das es nicht braucht.

Darum bitte ich Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen und den Minderheitsantrag abzulehnen.

Regierungsrat Markus Kägi: Es handelt sich hier nicht um eine Streichung, sondern lediglich um eine Reduktion. Es stehen dafür immer noch netto 180'000 Franken zur Verfügung. Ich halte diese Kürzung für vertretbar, zumal in der Zwischenzeit der Bund die Gemeinden zusätzlich ebenfalls mittels Beiträgen für die Kommunikation unterstützt, was das Kantonsbudget entlastet. Für die Gemeinden, für die Foren, für die Startteams bedeutet dies keine Abnahme der finanziellen Unterstützung.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zum fulminanten Votum von Sabine Ziegler machen. Sabine Ziegler, Sie haben recht, der Kanton Zürich sagt heute Nein zum Standort für ein geologisches Tiefenlager. Jetzt kommt aber das Aber – das vergessen Sie immer wieder nachzuschreiben –: Der Kanton respektive die Regierung hat auch deutlich Ja zu den drei Phasen gesagt, die jetzt anlaufen. Wir wollen dabei sein. Wir geben uns ein in dieses Verfahren.

Bezüglich des Geldes: Das Geld ist vorhanden. Es kommt vom Bund. Sie sagen, das sei quasi nicht neutrales Geld. Letztlich sind es Steuergelder. Letztlich sind es auch Gelder der AKW-Betreiber. Die müssen das bezahlen. Das ist kein freiwilliger Beitrag, sondern sie müssen

diesen Betrag bezahlen. Darum ein bisschen mehr Ruhe in die ganze Sache. Wir können die Gemeinden sicherlich weiterhin unterstützen. Das werden wir auch tun.

Abstimmung

Der Antrag 30a wird dem Antrag der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 30a mit 106 : 62 Stimmen bei 0 Enthaltungen ab.

Antrag 31a. *Minderheitsantrag Sabine Ziegler, Peter Anderegg, Robert Brunner, Marcel Burlet (KEVU)*

Verschlechterung: Fr. 2'430'000

Keine Kürzungen im Sachaufwand bezüglich Gewässerschutz, Gewässerunterhalt, Gefahrenkarte durch San10

Sabine Ziegler (SP, Zürich): Wir haben vorhin von Baudirektor Markus Kägi ein interessantes Wort gehört. Es ist keine Streichung, es ist eine Reduktion. Jetzt können wir auch hier über eine Reduktion sprechen. Herr Baudirektor, ich bin durchaus lernfähig, mindestens bei der Wortwahl.

Worum geht es hier? Es geht wieder um ein Thema, das in den letzten Jahren immer ein bisschen als Pufferraum gebraucht wird. Es geht um Gewässerschutz, Gewässerunterhalt und schliesslich auch um die Gefahrenkarte. Es scheint, dass auch wir im Rahmen der Budgetdebatten gewisse ausserirdische Kräfte haben und dass wir auch für das Jahr 2011 meteorologische Einflüsse haben durch unsere Budgetdebatte. Wir werden nächstes Jahr keine Hochwasser haben. Wir werden nächstes Jahr keine Hangrutsche haben. Wir brauchen überhaupt nicht mehr über diese Thematik zu sprechen, weil die nächsten drei Jahre wird im Rahmen des Sanierungsprogramms sowieso nichts passieren. Wir sind alle Wetterfrösche und -fröschinnen. Seien wir doch bitte realistisch. Es geht hier um Gewässerschutzprojekte im Raum Winterthur, die durchaus vordringlich sind. Es geht um grundsätzliche Verpflichtungen im Rahmen der nationalen Gesetzgebung, ob es um Massnahmen der Biodiversität geht, ob es um Massnahmen geht, wie wir die natürlichen Gewässerläufe wirklich renaturieren. Alle diese Projekte werden aufgeschoben. Aufgeschoben heisst, dass es teurer

wird. Was heute ein Sparantrag von 2,43 Millionen Franken ist, wird vielleicht in ein paar Jahren sehr schnell zu einer Investition von 5 Millionen Franken. Wollen wir das? Ich meine nicht. Es ist sinnvoll, wenn wir die sehr guten Leistungen des AWEL im Bereich des Gewässerschutzes, des Gewässerunterhalts und der Gefahrenkarte weiterhin vorwärtstreiben und nicht hier plötzlich in einer Art «stop and go» anhalten und zuwarten, bis es teurer wird.

Es ist nicht ein hoher Beitrag, aber es ist ein Beitrag, welcher uns und unserer Natur und Umwelt viel an Wert bringt. Wenn dann doch die Wetterfrösche hier drin anders quaken, müssen wir in Zukunft nicht grosse Schäden zahlen.

Bitte unterstützen Sie den Antrag.

Ruedi Menzi (SVP, Rüti), Präsident der KEVU: Die KEVU lehnt den Antrag ab.

Die Mehrheit der Kommission möchte die San10-Massnahme in diesem Bereich nicht rückgängig machen. Beim Gewässerschutz handelt es sich um verschiedene Einzelmassnahmen. Der Baudirektor hat uns mitgeteilt, dass diese Massnahmen gewisse Auswirkungen auf den Gewässerschutz, den Gewässerunterhalt und auch auf die Gefahrenkarten haben. Er hält die vorgeschlagenen Sanierungsmassnahmen jedoch für vertretbar. Sonst hätte er solche in einem solch heiklen Gebiet wie dem Gewässerschutz gar nie vorgeschlagen.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Grundsätzlich, das gilt für alle Baudirektions-Konti, haben die Grünen ihren Beitrag ans Sanierungspaket 2010 geleistet, indem wir das PJZ (*Polizei- und Justizzentrum*) abgelehnt haben. Wir sind also frei, andere Sparmassnahmen rückgängig zu machen.

Wenn wir im Gewässerschutz die San10-Massnahmen akzeptieren, dann sparen wir nicht, sondern wir verschieben die Aufgaben auf später. Es ist nicht so, dass hier nichts gemacht würde. Ich möchte das ausdrücklich würdigen, dass mit dem Kreditantrag Hegmatten und den Arbeiten zum Schutz vor einem Sihlhochwasser grosse Brocken in naher Zukunft in Ausführung gehen werden. Die Menschen im Einzugsgebiet des Thurhochwassers oder in Affoltern am Albis schlafen heute besser, wenn es gewittert.

Jetzt zitiere ich Regierungsrat Markus Kägi aus seiner Medienkonferenz vom Samichlaustag 2007, da er im Sack keine Nüssli und Mandarinen mitbrachte, sondern die Botschaft: «Es ist aufgrund der Klimamodelle davon auszugehen, dass Hochwasser in der Schweiz künftig kräftiger ausfallen und öfter eintreffen werden als früher. Extremereignisse wie jene von 1910 und davor werden damit wahrscheinlicher.» Konkret sieht das so aus, dass wir praktisch überall im Kanton Zürich damit rechnen müssen, dass lokale Starkregenereignisse grosse Schäden anrichten. Kürzlich waren in meinem Wahlkreis die Gemeinden Bachs und Schleinikon betroffen. Zu Recht haben die Gemeinden Druck aufgesetzt, dass die Gesamtentwässerungspläne erstellt werden. Zusätzlich sind die meisten Massnahmenpläne erstellt. Wir haben auch entsprechende Projekte, die praktisch ausführungsfähig sind. Vom San10 ist konkret die Massnahme an der Eulach in Rätterschen betroffen, die man hinausschiebt. Es gibt andere Massnahmen. Wenn man beim Gewässerunterhalt spart, dann sollte man sowieso hellhörig werden, denn das tönt nicht nach Kostenvermeidung.

2,4 Millionen Franken tönen nicht nach viel. 2013 sollen es 3 Millionen Franken sein, 2014 3,5 Millionen Franken. Kommt dazu, dass genau dieser Bereich schon vom San04 betroffen war. Es gibt dann noch den Artikel 105 in der Kantonsverfassung. Ich mache nicht auf Alarm oder Katastrophenstimmung, sondern stelle einfach fest, dass wir diese Massnahmen nicht vor uns herschieben dürfen. Vor 40 Jahren hat man den Gewässerschutz im Bereich der Abwasserreinigung auch als Aufgabe einer Generation wahrgenommen und das nicht vor sich hergeschoben. So sollten auch wir unsere Aufgaben in unserer Generation machen.

Was mir speziell aufstösst, ist: Ich verstehe, dass man die Massnahmen für die Städte priorisiert. Es kann aber nicht sein, dass man die Aufgaben auf dem Land dann vernachlässigt.

Ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag zu unterstützen.

Benno Scherrer Moser (GLP, Uster): Wir Grünliberale werden den Kürzungsantrag unterstützen und den Antrag Sabine Ziegler nicht unterstützen. Wir würdigen damit ausdrücklich das Bemühen des Baudirektors, in einem 100-Millionen-Budget nach 2 Millionen Franken Einsparungen zu suchen. Wir hoffen darauf, dass es andere Direktoren gibt, die ebenfalls solche Möglichkeiten mit Bundesvorgaben

oder anderen Bestimmungen ausloten. Wir gehen davon aus, dass das möglich ist. In der Kommission wurde geschildert, dass die Massnahmen vertretbar sind. Die Investitionen werden gestaffelt und etwas hinausgeschoben. Das ist noch nicht ein Vorsichherschieben, wenn man 2 von 100 Millionen Franken etwas später einsetzt. Alle Massnahmen sind von den Experten als machbar eingestuft worden.

Wir werden den Antrag Sabine Ziegler nicht unterstützen.

Abstimmung (Die Abstimmung untersteht der Ausgabenbremse.)

Der Antrag 31a wird dem Antrag der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 31a mit 117 : 52 Stimmen bei 0 Enthaltungen ab.

Antrag 32a. *Minderheitsantrag Robert Brunner, Peter Anderegg, Marcel Burlet, Peter Reinhard, Benno Scherrer Moser, Sabine Ziegler (KEVU)*

Verschlechterung: Fr. 4'000'000

Rahmenkredit § 16 EnG wird voll ausgeschöpft.

*Kredit mit Sperrvermerk Investitionsrechnung (§ 16 Abs. 1 CRG) für:
- Wasserbauinvestitionen.*

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Die Frucht vom Baum der Erkenntnis ist bekannterweise ein Apfel. Ich komme nachher darauf zurück. Wir haben in diesem Saal einen Rahmenkredit zum Paragrafen 16 Energiegesetz von 32 Millionen Franken in vier Jahren beschlossen. Das waren 8 Millionen Franken pro Jahr. Als San10-Massnahme soll nur die Hälfte dieses Kredits ausgeschöpft werden. Begründet wird das damit, dass der Bund das Gebäudesanierungsprogramm mit der Ausschüttung der teilzweckgebundenen CO₂-Abgabe finanziert. Für die restlichen Aufgaben würden die 4 Millionen Franken pro Jahr ausreichen. Da sind wir anderer Meinung. Der Bund finanziert das Förderprogramm Energie mit weiteren 96 Millionen Franken, wobei an diesen 96 Millionen Franken die Kantone partizipieren können, wenn sie mindestens den gleichen Beitrag auslösen. Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl sollte der Kanton hier einen Sechstel auslösen, also 16 Millionen Franken pro Jahr. Wir sind zurückhaltend und be-

scheiden. Wir wollen nicht 16 Millionen Franken. Wir wollen einfach, dass der Rahmenkredit, den wir bewilligt haben, ausgeschöpft wird. Dieser Teil soll explizit nicht den Hochbau weiter anheizen.

Wenn Sie keine eigenen Fantasien haben, was da sinnvoll ist, dann gehen Sie zum Beispiel auf die Homepage der SVP Thurgau, dem App elkanton. Dort können Sie unter anderem lesen: «Die SVP Thurgau unterstützt das Förderprogramm Energie des Kantons, insbesondere den Teil für erneuerbare Energien. Für die Land- und Forstwirtschaft steht die dezentrale Produktion von Strom und Wärme aus Gülle und Mist in Biogasanlagen sowie aus Holz im Vordergrund. Bei den weiteren Rohstoffen ist die regionale Verwertung von Dünger und Co-Substraten von Bedeutung.» Dann gehen Sie auf die Homepage des Kantons Thurgau und schauen sich an, was da von der SVP Thurgau unterstützt wird. Der Kanton Thurgau hat im Jahr 2009 5 Millionen Franken mehr Förderbeiträge ausbezahlt als der Kanton Zürich, das mit einem Fünftel der Bevölkerung. Das sind die Zahlen der Energie Schweiz. Diese Zahlen zeigen wohl, dass sich der Kanton Zürich in der Vergangenheit im Benchmark etwas verbessert hat, sich aber jetzt wieder an den Schlusslichtern orientiert.

Hier geht es um die Standortförderung der zürcherischen Realwirtschaft, die nicht mit Hochglanzprospekten verdampft, sondern ganz konkret wird. Andere Kantone haben das begriffen, die SVP Thurgau auch. Lassen wir uns nicht abhängen. Vielleicht sollten wir etwas mehr Äpfel essen, damit die Erkenntnis kommt.

Ruedi Menzi (SVP, Rüti), Präsident der KEVU: Die Mehrheit der Kommission lehnt den Antrag ab, denn seit dem Beschluss über den Rahmenkredit 2010 bis 2013 hat sich die Förderlandschaft in der Schweiz verändert. Inzwischen wurde vom Bund die Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe eingeführt. Aufgrund der neuen Spielregeln fliessen jährlich zirka 22 Millionen Franken in die Gebäudehüllensanierung im Kanton Zürich. Zudem werden die kantonalen Fördermittel für Gebäudetechnik, erneuerbare Energien und Abwärmenutzung von 4 Millionen Franken pro Jahr über die Teilzweckbindung verdoppelt. Zählt man alle Fördermittel zusammen, kommen doch stolze 30 Millionen Franken zusammen. Daher ist eine Aufstockung der kantonalen Mittel auf 8 Millionen Franken nach Meinung der Kommission nicht nötig.

Sabine Ziegler (SP, Zürich): Vor etwa zwei Monaten hat der Bund einen sogenannten Cleantech Masterplan entworfen. Dieser Masterplan wurde vom SECO (*Staatssekretariat für Wirtschaft*) und vom BFE (*Bundesamt für Energie*) entworfen und zeigt ganz deutlich auf, wo Arbeitsplätze zu entwickeln sind und wo wir eine Zukunft haben für die Energieeffizienz und für eine Spitzenposition, um den Welthandel einzunehmen. Dieser Cleantech Masterplan wurde nicht nur von einer SP-dominierten Politik getrieben, sondern ganz deutlich von der CVP und der FDP auch unterstützt. Jetzt wird er unterstützt und auch umgesetzt. Wenn wir im Kanton Zürich als wichtigstem Wirtschaftskanton einen Teil der Mittel in den Bereichen Energieeffizienz, Förderung, Beratung und Forschung streichen, dann schaden wir unserem Gewerbe, dann schaden wir unserer Position innerhalb der Schweiz und auch dem Werkplatz Schweiz.

Als wir letztes Jahr den Rahmenkredit erhöht haben, war das ein Ergebnis eines Kompromisses der KEVU. Wir haben über fast alle Parteien hinweg Ja gesagt zu diesem neuen Rahmenkredit. Letztes Jahr habe ich gehofft, dass wir endlich eine Entspannung haben, mit dem Rahmenkredit bei der Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Anscheinend ist ein Jahr verstrichen und wir vergessen alles. Ich finde das nicht nur eine Schande, sondern auch unfair gegenüber jeglichen Formen von politischen Prozessen, weil das ein Kompromiss war, dem sich alle angenähert haben. Das Ziel waren eine starke Wirtschaft und ein starker Werkplatz Schweiz.

Wenn wir heute einfach sagen, jetzt hätten wir halt 4 Millionen Franken weniger und wir warten etwas zu, wenn Gesuche kommen, wir zahlen sie aber nicht dieses, nächstes oder übernächstes Jahr, dann ist es auch nicht richtig für jede Person, die ein Gesuch stellt. Dann haben wir keine Rechtssicherheit. Wir werden wieder zurückgesetzt auf unsere sozusagen Schlusslichtposition innerhalb der Schweiz. Dies ist wirklich eine Schande.

Ich bitte Sie inständig, die 4 Millionen Franken wieder zu sprechen, damit alle Akteure im Kanton Zürich ihre Rolle kennen und dass sie sich wieder in Richtung Förderung, Forschung und Beratung von erneuerbaren Energien bewegen können.

Benno Scherrer Moser (GLP, Uster): Wir Grünliberale fragen uns schon, wie man dazu kommt, 4 Millionen Franken für das Förderprogramm Energie ins Sanierungspaket aufzunehmen, genau die 4 Millionen Franken, die in der zweiten Jahreshälfte 2009 vom Kantonsrat beschlossen wurden. Es ist befremdend, dass die Regierung etwas als Sanierungsbeitrag einstellt, von dem anzunehmen wäre, dass der Kantonsrat, wenn er bei seiner Meinung bliebe, ihn zu 100 Prozent wieder aufstockt. Der Rat wird dies aber leider nicht tun. Ich lasse mich gerne überraschen und das nur so wenige Monate nach der Zustimmung zum Betrag im Rahmen eines Gesamtpakets.

Vor allem handelt es sich dabei um einen Betrag, der im Zusammenhang mit der Volksinitiative «Für eine sichere und saubere Stromversorgung» beschlossen wurde, die dadurch nicht zur Abstimmung gebracht wurde. Daher erscheint uns das wirklich problematisch, was da gemacht wird.

Da reicht es nicht zu sagen, dass der Bär halt nass wird, wenn er gewaschen wird. Ein junger, sauberer Bär muss nicht schon wieder gewaschen werden. Er muss vor allem wachsen können. Oder konkret: Wer ein Gesuch um Beiträge einreicht, soll sicher sein, dass er seine Beiträge erhält und nicht einen Exkurs über Bären. Sonst heisst es bald, ihm sei ein Bär aufgebunden worden. Ob der nun gewaschen ist oder nicht, ist dem Gesuchsteller dann egal. Die 4 Millionen Franken können dazu beitragen, dass mehr und mehr Hausbesitzer ihre Liegenschaft sanieren, ihre Heizung sanieren und so die Luft sanieren.

Bleiben Sie bitte bei Ihrer Entscheid von 2009, und unterstützen Sie mit uns Grünliberalen den Minderheitsantrag Sabine Ziegler.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Die EVP-Fraktion wird den Minderheitsantrag unterstützen.

Wir sind auch der Meinung, dass der Rat unlängst diesen Kreditbeitrag bewilligt hat. Man sollte ihn jetzt nicht ohne Not streichen. Man sollte auch nicht ein falsches Signal aussenden. Ich will allerdings der Regierung auch ein Kompliment machen. Die eingesetzten Mittel für neue Energien sind im Vergleich zu anderen Kantonen auch mit tieferen Beiträgen viel effizienter. Mir ist massgebend, dass auch bei den erneuerbaren Energien ein eingesetzter Franken die Effizienz zum Vorschein bringt und nicht die Menge des Geldes massgebend ist. In diesem Sinn kann man natürlich auch nicht so argumentieren, dieser

Rat habe – also beim PJZ haben das Volk und andere, da ist es egal, wenn man 60 Millionen Franken in den Sand setzt – die Effizienz. Ich gehe aber davon aus, dass nicht alle Gelder benutzt werden. Man könnte durchaus auch anderer Meinung sein, es wäre aber die falsche Signalwirkung in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit. Wir wollen das richtige Signal setzen, dass man hier weiter auf Kurs bleibt. In diesem Sinn werden wir den Minderheitsantrag unterstützen.

Die hehren Sprüche, ob wir damit Arbeitsplätze erhalten oder schaffen und ob wir damit die grosse Gewerbefreundlichkeit zeigen, möchte ich doch ein bisschen relativieren. Das gehört wohl zu verkaufen, ist aber nicht unbedingt das, was mit diesen 4 Millionen Franken tatsächlich realisiert wird.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich): Neben all den inhaltlichen Argumenten, die zu diesem Antrag zu verhandeln sind – zum letzteren gäbe es einiges zu sagen, nämlich dass die Fakten belegt sind aus dem Kanton Basel-Stadt, wo wir solche Förderprogramme seit Langem kennen –, gibt es auch noch eine demokratiepolitische Komponente. Es wurde geschildert. Wir haben im August letzten Jahres als Kompromiss gewissermassen eine Aufstockung von 4 auf 8 Millionen Franken pro Jahr für diese Fördermassnahmen gegen den Willen des Regierungsrates beschlossen. Der Regierungsrat hätte sich gerne mit einer Bezifferung auf 4 Millionen Franken begnügt. Dass dieser Rahmenkredit von 32 Millionen Franken auf vier Jahre zustande kam, war nicht einfach zufällig, sondern war Ergebnis eines Aushandlungsprozesses aufgrund der grünen Volksinitiative für eine sichere und saubere Stromversorgung im Kanton Zürich.

Wir haben uns als Grüne vor der Debatte dazu bereit erklärt, einen Rückzug der Volksinitiative zu prüfen, wenn dieser Rahmenkredit in der geforderten Höhe von 32 Millionen Franken, die selbst schon ein Kompromiss waren, zustande kommt. Wir haben das dann im Sinn der richtigen Richtung und einer Zielerreichung nach der guten alten 80-20-Regel auch gemacht. Wir haben die Volksinitiative zurückgezogen zugunsten dieses Rahmenkredits und eine Volksabstimmung damit nicht stattfinden lassen, die im Lichte der heutigen vermutlichen Entscheide jedenfalls des regierungsrätlichen Antrags vielleicht doch hätte stattfinden müssen.

Dass der Regierungsrat jetzt 4 von diesen 8 Millionen Franken jährlich in sein Sanierungsprogramm 10 einbaut, ist noch irgendwie halbwegs verständlich. Es ist nicht der erste und einzige Posten, der entgegen einer kantonsrätlichen Meinungsäusserung dann doch Eingang findet in die Sparbemühungen. Dass aber dieser Rat jetzt auf dem Weg ist, wie die Mehrheitsverhältnisse in Sachkommissionen und Finanzkommission zeigen, den damaligen Kompromiss nicht nur dieses Rates mit sich selbst, sondern dieses Rates mit den Initianten, die dann doch über einige Tausend Unterschriften für dieses Anliegen verfügten mit ganz konkreten Erwartungen, dass etwas geschieht, dies zu vollziehen, dann kommt das der Verhöhnung dieses Kompromisses oder dessen, was einmal eine Volksinitiative war, doch schon sehr nahe. Es kann doch nicht sein, dass wir in diesem Rat, gerade wenn es um Volksrechte geht, nach dem Motto handeln: Was kümmert mich, was gestern war?

Geschätzte bürgerliche Fraktionen mit Verstand, gehen Sie in sich und überlegen Sie sich die Sache nicht nur im Lichte des Inhalts nochmals, so wie wir das im August 2009 hier verhandeln konnten, sondern auch aufgrund der Tatsache, dass wir darauf nur gekommen sind, beziehungsweise dass wir eine Volksinitiative nicht zur Abstimmung gebracht haben, aufgrund genau dieses Kompromisses, so wie er bis jetzt noch besteht.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Gerne hätte ich verzichtet, aber ich möchte auf das Wesentliche zurückkommen.

Wir haben es hier mit einer San10-Massnahme zu tun, die ein Teil des Budgets ist. Wir haben gestern gehört, Budget heisst Ausgabenermächtigung und nicht Standortförderung, Robert Brunner. In diesem Saal, Robert Brunner, haben Sie es mit der SVP des Kantons Zürich zu tun und nicht mit der SVP des Kantons Thurgau. Ich kann natürlich hören, wie es Sie, als Sieger der Abstimmung von 2009 über den Rahmenkredit schmerzt, jetzt im Nachhinein eine Niederlage einzufahren. Ich rufe Ihnen und allen anderen in Erinnerung, dass wir schon damals gesagt haben, dass das Vorgehen falsch ist, dass der Betrag so nicht funktionieren wird und dass man es so nicht ausschütten werden kann. Jetzt gibt uns die Zeit Recht, dass es nicht funktioniert und dass wir viel besser fahren, wenn wir es nicht machen. Darum ist

es auch gut, dass der Regierungsrat diesen Teil in den San10-Massnahmen eingepackt hat. Jetzt müssen wir schauen, dass wir damit über die Runden kommen.

Zu Ralf Margreiter: Die Volksinitiative wollte etwas anderes. Die Volksinitiative war nicht das, was heute debattiert wird. Ob diese Volksinitiative an der Urne erfolgreich gewesen wäre, das wissen Sie auch nicht. Sie hatten ja nicht den Mut, sie nachher in die Abstimmung zu bringen. Also jammern Sie nicht. Sie haben etwas bekommen. Es war ein Rahmenkredit. Dieser Rahmenkredit besteht immer noch. Jetzt haben wir einfach die Umsetzung des Rahmenkredits anders ausgestaltet. Es besteht aber immer noch die Förderung. Es wird immer noch der Gesamtbetrag des Rahmenkredits ausgeschöpft, einfach in einer anderen Aufteilung. Es wird dann in der Aufteilung sein, wie wir sie im 2009 vorgeschlagen haben. Wir haben dort vorgeschlagen, man soll die 4 Millionen Franken über zehn Jahre ausschütten und nicht 8 Millionen Franken über vier Jahre.

Monika Spring (SP, Zürich): Ich empfinde diesen Antrag in den San10-Massnahmen auch als Bruch eines Versprechens, das Sie uns, Regierungsrat Markus Kägi, hier vor einem Jahr an der Budgetdebatte ungefähr zur selben Zeit abgegeben haben. Ich hatte den Antrag eingebracht für einen Rahmenkredit von 10 Millionen Franken, der mit dem Bundesbeitrag verdoppelt worden wäre. Ich bin geweibelt, und ich hatte die Unterstützung der Mehrheit dieses Rates für meinen Antrag. Dann kam Willy Germann und hat gesagt, es sei gefährlich, ich unterlaufe ihren Rahmenkredit von 8 Millionen Franken, denn sie hätten den jetzt aufgegleist und der komme dann sicher. Dann habe ich gesagt, liebe CVP, wir können noch verhandeln. Wir hören, was Regierungsrat Markus Kägi sagt. Regierungsrat Markus Kägi hat hier versprochen, er werde den Rahmenkredit von 8 Millionen Franken bringen. Ich empfinde es hier in diesem Rat wirklich als Vertrauensbruch, wenn solche Zusicherungen nicht eingehalten werden. Ich empfinde es auch als Vertrauensbruch, insbesondere der Mitteparteien und auch der FDP. Wir unterstützen Ihre Vorstösse für einen Bürokratieabbau in diesem Bereich. Was hier geschieht, ist genau Bürokratieaufbau. Wie will man das machen, dass man die Leute im Moment ruhigstellt, die die energieeffizienten Umbaumassnahmen aufgegleist haben? Wie will man sie hinhalten, damit man das Geld erst nächstes Jahr auszahlen muss? Mit Bürokratie. Man macht die For-

mulare ein bisschen komplizierter. So geschieht es nämlich. So können wir nicht politisieren in diesem Kanton. Es ist ein Vertrauensbruch gegenüber allen Architektinnen und Architekten und den Fachleuten, die diese Berechnungen vornehmen, die die Bauherrinnen und Bauherren unterstützen. Ich bitte Sie wirklich, hier ein Zeichen zu setzen, auch im Interesse der Glaubwürdigkeit unseres Kantons. Sonst nimmt uns niemand mehr ab, dass wir etwas machen wollen für die Reduktion des CO₂.

Bitte stimmen Sie dem Antrag zu.

Hanspeter Haug (SVP, Weiningen): Monika Spring, ich verstehe Ihre Aufregung nicht ganz. Regierungsrat Markus Kägi hat dieses Programm letztes Jahr lanciert. Die 8 Millionen Franken waren eingestellt. Im Lichte des San10 hat er Sparmöglichkeiten gesucht und gefunden, indem er die 4 Millionen Franken einspart. Sie haben vielleicht nicht mitbekommen, was der Präsident der Kommission gesagt hat, dass der Kanton Zürich 30 Millionen Franken ausschüttet für Förderprogramme. Deshalb verstehe ich Ihre Aufregung nicht.

Lehnen Sie den Minderheitsantrag Sabine Ziegler ab.

Regierungsrat Markus Kägi: Ich begreife Monika Spring, wenn sie sich hier im Rat echauffiert. Monika Spring, Sie wissen ganz genau, dass es seither andere Regeln gibt. Die Voraussetzungen haben geändert. Es wurde mehrmals hier gesagt. Der Bund hat inzwischen die Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe eingeführt. Der Klimarappen wurde abgelöst. Es sind immer noch 30 Millionen Franken, die uns zur Verfügung stehen. Ich betone: Welcher Kanton war einer der ersten, der diese Geldmittel auch abgeholt hat? Ich habe aus anderen Budgets Gelder freigemacht, dass sofort gehandelt werden kann. Sie oder Sabine Ziegler war es, die mich hier noch einmal gelobt hat. Die Zeit vergeht auch da. Jetzt bekomme ich Tadel von Ihnen.

Benno Scherrer Moser hat gesagt, der Bär müsse wachsen. Es ist richtig. Der Bär wird auch wachsen, aber der Bär wird nicht innerhalb einer Woche, wenn Sie ihm 700 Liter Milch einschütten, riesig wachsen, sondern er muss dosiert wachsen können.

Bezüglich der Geldmittel, Robert Brunner – es ist vielleicht nicht in diesem Zusammenhang richtig –, haben Sie mit dem Apfel einen Vergleich angestellt. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. Ich meine

mit dem Stamm die Gelder, die bereits eingestellt sind. Ich bin überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir werden die Gelder effizient einsetzen, das wissen Sie auch. Man kann über die Beträge immer diskutieren.

Wir beantragen Ihnen, der Reduktion um 4 Millionen Franken zuzustimmen.

Abstimmung (Die Abstimmung untersteht der Ausgabenbremse.)

Der Antrag 32a wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 32a mit 97 : 76 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8510 Altlasten

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8700 Immobilienamt

Martin Geilinger (Grüne, Winterthur): Ich muss eine Bemerkung loswerden zur Million, die der Regierungsrat im Novemberbrief in diesem Konto eingestellt hat. Es geht darum, dass der Regierungsrat eine Überprüfung des kantonalen Immobilienmanagements machen will. Im Klartext gesagt geht es darum, dass eine externe Firma beigezogen werden soll, weil sich die Regierung um einen längst überfälligen Entscheid drückt; den Entscheid, das Mietermodell im Immobilienmanagement einzuführen. Dies ist eine gute Absicht. Diese Unterstellung ist nötig. Darum habe ich auch keinen Antrag gestellt, die Million zu streichen.

Ich erwarte aber, dass die Direktionskönige ihre Herrschaftsbereiche aufgeben, wenn dafür schon eine Million ausgegeben wird.

Antrag 33a. *Minderheitsantrag Monika Spring, Martin Geilinger, Thomas Hardegger, Françoise Okopnik, Eva Torp (KPB)*

Budgetkredit Erfolgsrechnung

Verschlechterung: Fr. 250'000

Den Gebäudeunterhalt 2011 kürzen, hiesse, in den folgenden Jahren Geld für den Unterhalt ausgeben oder die Gebäude verlottern lassen.

Monika Spring (SP, Zürich): San10, ich komme nochmals auf die Sanierungsmassnahmen 2010 zurück. Heisst das nun, dass die Sanierungsmassnahmen an den Gebäuden gekürzt werden? Offenbar. Das ist nun wirklich eine der fragwürdigsten Sanierungsmassnahmen, die man überhaupt treffen kann. Viele von Ihnen sind Hausbesitzerinnen und -besitzer und wissen, was es heisst, wenn man Unterhaltsarbeiten hinauszögert und hinausschiebt. Es kommt nämlich teurer. Es kommt schon sicher nächstes Jahr teurer. Dann kommt nämlich die Teuerung dazu. Dann wird es von Jahr zu Jahr teurer, weil meistens auch noch die Preise im Bausektor steigen. 250'000 Franken in dieses Sanierungspaket hereinzunehmen, ist sowieso lächerlich. Das haben wir schon einmal gehört. Das ist im Ungenauigkeitsbereich der Rechnung. Ich bitte Sie inständig, sparen Sie nicht beim Unterhalt der Gebäude der Zentralverwaltung. Das ist wirklich lächerlich.

Bitte stimmen Sie meinem Antrag zu.

Adrian Bergmann (SVP, Meilen): Wir unterstützen den Antrag des Regierungsrates.

Der Minderheitsantrag, welcher zu einer Verschlechterung führt, macht mit der vorgebrachten Begründung wirklich keinen Sinn. Wir sind überzeugt, dass der Regierungsrat für den notwendigen Unterhalt richtig budgetiert hat. Als Baumensch weiss ich, dass man auch gute Leistungen und Qualität zu attraktiven Preisen in Konkurrenz einkaufen kann. Wenn wir hier zusätzliche Mittel sprechen, dann könnten die Hinterbänkler genausogut die Fenster öffnen und das Geld in die Limmat werfen. Dass Sie das aber machen müssten, das wollen wir vermeiden. Deshalb lehnen wir den Minderheitsantrag ab.

Martin Geilinger (Grüne, Winterthur): Der Antrag will eine unsinnige San10-Massnahme verhindern. Diese Massnahme ist reine Kosmetik, zwar ohne Sparwirkung, aber dafür mit ärgerlichen Nebenwirkungen. Der Zustand der kantonalen Gebäude ist schlecht. Sie können das im Budget selbst nachlesen. Der Wirkungsindikator W2 für den baulichen Zustand der Gebäude ist deutlich unter dem Sollwert. Trotzdem will die Regierung beim Unterhalt noch kürzen. Diese Kürzung wird nur zur Folge haben, dass die Kosten ein oder zwei Jahre später anfallen. Wenn die Farbe abblättert, wenn die Elektroinstallationen die Sicherheit gefährden oder der Servicetechniker die Heizung alle paar Wochen reparieren muss, ist es nicht eine Frage, ob der Unterhalt nötig ist, sondern nur noch, wann. Hoffen wir, dass die Reduktion des Unterhalts wenigstens nicht noch Folgeschäden hat. Was aber sicher eine Folge ist, das Gewerbe wird weniger Aufträge erhalten im 2011. Dafür kommt der Kanton dann in einigen Jahren wieder, wenn die Firmen wieder mehr als gut ausgelastet sind und die Preise höher sind. Das ist Sparen à la San10!

Abstimmung (Die Abstimmung untersteht der Ausgabenbremse.)

Der Antrag 33a wird dem Antrag der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 33a mit 119 : 57 Stimmen bei 0 Enthaltungen ab.

Antrag 34. *Antrag FIKO*

Budgetkredit Investitionsrechnung

alt: Fr. -56'790'000

neu: Fr. -20'790'000

Verbesserung: Fr. 36'000'000

Infolge des negativen Entscheids des Parlaments zum Objektkredit PJZ ist für das Jahr 2011 davon auszugehen, dass keine Investitionen in dieses Projekt stattfinden werden.

Martin Arnold (SVP, Oberrieden), Präsident der FIKO: Die Finanzkommission beantragt, den Investitionskredit mit folgender Begründung um 36 Millionen Franken zu kürzen. Infolge des negativen Entscheids des Kantonsrates zum Objektkredit PJZ ist für das Jahr 2011

davon auszugehen, dass für dieses Projekt unter keinen denkbaren Umständen Investitionen ausgeführt werden können. Entsprechend ist der Budgetbetrag zu streichen.

Thomas Hardegger (SP, Rümlang), Präsident der Kommission Planung und Bau (KPB): Die KPB hat als zuständige Sachkommission diesen Antrag diskutiert und schliesst sich in der Mehrheit dem Antrag der FIKO an.

Festzuhalten ist, dass es mit diesem Antrag überhaupt nicht darum geht, wie die Geschichte des PJZ fortgeschrieben wird. Man kann diesen Antrag unterstützen oder ablehnen. Es geht hier um eine rein finanztechnische Angelegenheit. Die Mehrheit geht davon aus, dass im nächsten Jahr kaum Geld gebraucht wird für eine allfällige weitere Planung. Die Minderheit findet, so, wie es der Regierungsrat auch begründet, dass das PJZ-Gesetz weiter besteht und dass, je nachdem wie die Abstimmung um das PJZ-Gesetz ausgeht und ein allfälliges Referendum zur Abstimmung kommt, es durchaus möglich sein könnte, dass die Planung wieder aufgenommen wird. Aus diesem Gesichtspunkt gibt es zwei Möglichkeiten: über Nachtragskredit oder über Budgetkredit. Beides ist möglich. Es hat aber nichts mit dem weiteren Vorgehen zum PJZ zu tun.

Carmen Walker Späh (FDP, Zürich): Die FDP-Fraktion wird den Antrag nicht unterstützen.

Wenn diejenigen, die die Ablehnung des Kreditantrags zum PJZ damals befürwortet haben, diesen Kürzungsantrag nun unterstützen, so mag dies in gewisser Hinsicht konsequent sein, begründet ist das aber trotzdem nicht. Fakt ist, dass der gesetzliche Auftrag, ein Polizei- und Justizzentrum zu bauen, nach wie vor besteht. Dieser gesetzliche Auftrag kann nur vom Stimmvolk zurückgenommen werden, das in dieser Frage das letzte Wort hat und nicht der Kantonsrat. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass das Stimmvolk tatsächlich die Möglichkeit des letzten Worts hat. Somit kann zum heutigen Zeitpunkt auch nicht behauptet werden, es brauche 2011 keine Investitionen mehr für das PJZ.

Ich halte hier für meine Fraktion nochmals mit aller Deutlichkeit fest: Unser Kanton Zürich braucht eine funktionierende Polizei und eine effiziente Justiz. Dafür müssen wir unserem Kanton auch die notwen-

digen Mittel zur Verfügung stellen. Das PJZ wäre die richtige Investition in eine starke Polizei- und Justizverfolgung. Das brauchen wir umso dringender. Denken wir daran, was das Schweizer Volk letzten Sonntag bei der Ausschaffungsinitiative beschlossen hat. Irgendwie muss dieser Auftrag auch erfüllt werden können.

Martin Geilinger (Grüne, Winterthur): Ob wir nun diesem Antrag zustimmen oder nicht, hat rechtlich keine Relevanz. Thomas Hardegger hat das erläutert. So oder so wird der Kantonsrat über die Freigabe des Kredits entscheiden. Die Frage ist einzig, ob der Fehler, den wir so oder so machen werden bei der Budgetierung, ob wir nun den ganzen Betrag eintragen oder nicht, ob der grösser oder kleiner ist. Wenn wir es nicht eintragen, ist er sicher kleiner. Für einmal dürfen Sie nach dem Lustprinzip über 36 Millionen Franken befinden.

Die Grünen haben mehr Lust, diese 36 Millionen Franken zu streichen und werden darum den FIKO-Antrag unterstützen.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Der Auftrag des Volks besteht noch. Das Lustprinzip ist eigentlich nicht so relevant und auch nicht so lustig. Grundsätzlich ist es so, dass der Fehlbetrag nicht grösser oder kleiner wird, wenn Sie das streichen. Würden Sie das PJZ nach der Volksabstimmung tatsächlich versenkt haben, dann werden Sie Kosten haben, und zwar beim Unterhalt bestehender Anlagen. Das kann ich Ihnen garantieren, die werden nicht wesentlich kleiner sein. Sie haben dann nicht ein Gesamtkonzept umgesetzt. Aber darüber müssen wir jetzt eigentlich nicht diskutieren. Dieser Rat hat das Volk nicht ernst genommen. Aber Sie sollten mindestens einen bestehenden Gesetzesauftrag noch ernst nehmen. In diesem Sinn hat das im Budget zu bleiben.

Regierungsrat Markus Kägi: Ich erachte es als verfrüht, dieses Projekt aus dem Budget zu streichen, weil der politische Entscheidungsprozess noch nicht abgeschlossen ist. Insbesondere ist die Aufhebung des PJZ-Gesetzes noch ausstehend.

Der Regierungsrat schlägt aus diesem Grund vor, die geplanten Beiträge als gesperrter Budgetposten im Sinne von Paragraph 16 des CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*) im Budget 2011 eingestellt zu lassen.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt dem Antrag 34 der FIKO mit 92 : 79 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8710 Liegenschaftenerfolg

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8800 Amt für Landschaft und Natur

Antrag 35. Antrag WAK

Budgetkredit Erfolgsrechnung

Verbesserung: Fr. 2'500'000

Verschlechterung: Fr. 2'500'000

Finanzierung von Artenförderungsmaßnahmen für 2011 und Folgejahre in Umsetzung dringl. Postulat KR-Nr. 192/2010 durch NHF-Mittelentnahme.

Elisabeth Derisiotis (SP, Zollikon), Präsidentin der WAK: Die Mehrheit der WAK beantragt Ihnen eine Budgetverschlechterung im Konto 8800, ALN (*Amt für Landschaft und Natur*), um 2,5 Millionen Franken. Als Folgeantrag wird für das Konto 8910, Natur- und Heimatschutzfonds, eine Verschlechterung von 2,5 Millionen Franken durch Entnahme der entsprechenden Fondsmittel verlangt. Mit diesem Antrag will die Kommissionsmehrheit die Umsetzung des dringlichen Postulats zur Förderung der Artenvielfalt, welches der Rat am 6. September 2010 mit grossem Mehr überwiesen hat, sicherstellen. Der Regierungsrat war damals gegen die Überweisung des Postulats und wies darauf hin, dass der heutige Bestand des Natur- und Heimatschutzfonds so hoch sei, dass zusätzliche Artenförderungsmaßnahmen mit Mitteln aus dem NHF finanziert werden können. Mit den entsprechenden Anträgen der WAK entsteht die Verpflichtung, dass dies auch für 2011 so geschehen wird.

Eine Kommissionsminderheit ist gegen den Antrag und wird ihre Position in ihrem Minderheitsantrag begründen.

Ich bitte Sie im Namen der Kommissionsmehrheit, unserem Antrag zu Konto 8800 und auch dem Folgeantrag zu Konto 8910 zuzustimmen.

Antrag 35a. ***Minderheitsantrag Arnold Suter, Susanne Brunner, Daniel Oswald, Peter Preisig, Hansjörg Schmid (WAK)***

Gemäss Antrag des Regierungsrates

Arnold Suter (SVP, Kilchberg): Wenn wir jetzt schon auf San10-Massnahmen verzichten, wird das Sanierungsprogramm auseinanderbrechen. Es kann nicht sein, dass wir einzelne Massnahmen herausziehen. Wollen wir denn das wirklich? Ich glaube nicht. Es ist uns total unverständlich, dass der Kantonsrat mehr Geld ausgeben will als der Regierungsrat.

Zum Inhaltlichen: Der gesetzliche Auftrag ist so oder so gewährleistet. Lassen Sie die Natur in Ruhe, dann geht es ihr am besten. Stimmen Sie darum dem Antrag der Regierung zu, um eine zusätzliche Verschlechterung des Budgets zu vermeiden.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Dieser Minderheitsantrag ist ein typisch unnötiger Antrag.

Erstens wurde das Postulat 192/2010 erst kürzlich grossmehrheitlich überwiesen. Einen Minderheitsantrag könnte man nach so kurzer Zeit also durchaus als undemokratisch oder schlechten Stil bezeichnen.

Zweitens verlangt dieses Postulat nur eine Mittelverschiebung innerhalb eines bestehenden gut geöffnerten Fonds. Für Artenförderung Mehrausgaben und im Heimatschutz sparen ist saldoneutral.

Drittens betone ich an dieser Stelle nochmals: Nicht eine Naturschutzflächenausdehnung ist das Ziel, sondern eine qualitative Verbesserung der bisherigen Flächen. Ökoflächen werden zunehmend von Unkräutern und Neophyten besiedelt. Auch diese Pflegemassnahmen müssen abgegolten werden. Mir ist es wichtig, nochmals zu betonen, wieviel in den letzten Jahren im Bereich Naturschutz getan wurde. Hier entgegne ich Arnold Suter, die Natur muss gepflegt werden. Man kann sie nicht einfach verwildern lassen. Blumenwiesen wurden artenreicher. Sommervögel und Krautblumen haben zugenommen.

Dichter Wald wurde geschaffen, Hecken neu angelegt oder bisherige aufgewertet und so weiter. Wenn wir aber eine Qualitätssteigerung wollen, müssen wir mehr Geld sprechen.

Ich betone nochmals, nicht mehr Personal im Kanton wird dieses Geld erhalten, sondern die aktiven Pfleger der Natur. Der Dienst an der Natur kann nicht gratis verrichtet werden. Immerhin erhalten von den 4000 Zürcher Bauern deren 1700 von diesen Pflegebeiträgen.

Die EDU wird weder den Minderheitsantrag Arnold Suter noch den Antrag Martin Geilinger unterstützen und empfiehlt Ihnen, dasselbe zu tun.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Ich werde auch gleich zu beiden Budgetanträgen im ALN sprechen. Auch wenn heuer das Jahr der Biodiversität ist, sollten wir vielleicht besser von Artenreichtum sprechen. Auch diesen Reichtum gilt es zu schützen und zu pflegen und nicht nur den Reichtum, den die goldene Bilanznummer aufzählt. Wenn jetzt behauptet wird, dass der Artenreichtum im Kanton zugenommen hat, muss man diese Aussage relativieren. Auch Milliardäre gab es, bevor die «Bilanz» ihre Liste veröffentlichte; eine Zunahme, die darauf zurückzuführen ist, dass man hinschaut und zählt, ist keine wirkliche Zunahme, sondern einfach eine dringend notwendige Bestandesaufnahme. Die Indikatoren zur Natur und zur Artenvielfalt zeigen bestenfalls eine Stabilisierung. Im Allgemeinen ist der Trend aber immer noch negativ. Es sind vor allem die Bedrohungsfaktoren, wie zum Beispiel der Bodenverbrauch, der Eintrag von Schadstoffen und Nitrat, die Zerstückelung von Lebensräumen, Licht- und Lärmverschmutzung, die den Artenreichtum bedrohen. Es ist nicht so, dass wir die Natur in Ruhe lassen, Arnold Suter.

In der Zwischenzeit wurde erkannt, dass eine vielfältige Natur ein wichtiger Standortfaktor ist. Das ist gut so. Wir sollten uns aber auch fragen, was der Artenreichtum sonst noch für uns tut. Bauern, die die aktuelle Forschung verfolgen, wissen, dass artenreiche Wiesen höhere und stabilere Erträge liefern als Monokulturen. Artenvielfalt bringt einen monetären Mehrwert. Auch anderswo leistet die Artenvielfalt wichtige Funktionen und Leistungen. Sterben die Bienenvölker, müssen die Wildbienen mehr befruchten. Ein System von Pflanzen und

Tieren filtert unser Trinkwasser. Technische Filter kosten viel mehr. Noch mehr Leistungen und Funktionen liessen sich aufzählen. Ich habe nur zehn Minuten Zeit. Der Rahmen würde gesprengt.

Was wir aber nicht vergessen dürfen: Wir brauchen diese Leistungen, nicht die Natur. Wir brauchen sie auch in Zukunft. Durch den Klimawandel drohen 30 bis 50 Prozent der Arten zu verschwinden. Welche genau es sind, wird die Zukunft weisen. Aber wie ein Investor in unsicheren Zeiten müssen wir das Portfolio diversifizieren, das heisst, wir brauchen für unsere Zukunft einen grossen Artenreichtum und eine hohe genetische Vielfalt. Alles andere ist fahrlässig. Sinnbildlich kann man es so sagen: Wollen wir auch in Zukunft einen Sechser würfeln können, sollten wir möglichst viele Würfel haben. Nehmen wir also die Kürzungen zurück, und setzen wir das dringliche Postulat um. Es ist zwar nur die zweitbeste Lösung. Es ist aus falsch verstandenem Liberalismus gratis, die Umwelt auf Kosten aller zu zerstören. Solange es so bleibt, brauchen wir leider diese zweitbeste Lösung. Solange die wichtigsten Bedrohungsfaktoren, die ich vorhin aufgestellt habe, tatsächlich noch wirken, müssen wir auf diesem Weg gehen. Es ist die einzige Lösung, die wir haben.

Es gibt aber noch einen weiteren Aspekt. Das möchte ich vor allem den Damen und Herren auf der gegenüberliegenden Seite sagen. Auch ich fordere für mich das gleiche Recht, das Sie haben, nämlich das Recht, meinen Enkeln den grossen Brachvogel, die Bekassine, den Wachtelkönig, die Geburtshelferkröte, den Laubfrosch, die Ringelnatter, die Schlingnatter, die Wildkatze, die kleine Hufeisennase und den grossen Weidenprachtkäfer in freier Natur zeigen zu können.

Bitte stimmen Sie den Minderheitsanträgen zu.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Es freut mich ganz speziell, dass Regierungsrätin Ursula Gut hier ist. Sie hat damals die Bilanz des Naturschutzgesamtkonzepts vorgestellt. Es waren nicht die Siebenmeilenstiefel, aber grössere Schritte in schnellerer Kadenz. Mittlerweile haben wir auch weiter an diesem Thema gearbeitet. Wir wissen eigentlich, was wir zu tun haben.

Wir haben in diesem Saal schon mehrfach darüber gesprochen. Bis auf die SVP haben alle Fraktionen die Notwendigkeit eingesehen. Es war aber immer das Argument, der Fonds sei so gut bestückt, man müsse das Geld einfach daraus entnehmen. Machen wir das so. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag.

Carmen Walker Späh (FDP, Zürich): Die FDP-Fraktion wird dem Minderheitsantrag auf Verschlechterung um 2,5 Millionen Franken zustimmen, wie das schon Katharina Weibel in ihrem Eintretensvotum angekündigt hat. Bekanntlich hat die FDP die Parlamentarische Initiative Robert Brunner, mit der es um mehr Mittel für den Natur- und Heimatschutz ging, abgelehnt. Die FDP hat dies mit den bestehenden geöffnerten Mitteln im Fonds begründet. Statt diesen Fonds noch zusätzlich aufzustocken, sollten die vorhandenen Mittel nämlich vermehrt in Projekte zum Erhalt und zur Förderung der Biodiversität verwendet werden. Nach der Ablehnung der Parlamentarischen Initiative Robert Brunner war dies dann auch Grund für das Postulat, das Hans Egli erwähnt hat. Es ist deshalb nur folgerichtig, die Mittel nun auch zu budgetieren, weil dies der Regierungsrat leider nicht gemacht hat, wie das dringliche Postulat es eigentlich gefordert hätte. Diese Mittel sind durch Aufträge Dritter zu erteilen.

Eigentlich sehe ich es zusammen mit meiner Fraktion überhaupt nicht ein, warum man überhaupt gegen diesen Antrag sein kann, Arnold Suter. Bei einem so geöffnerten Fonds zu sparen, das heisst den Fonds einfach nicht anzugehen, das macht doch überhaupt keinen Sinn. Dann liegt das Geld einfach im Fonds und wird nicht für das berechnete Anliegen ausgegeben. Mit der Fondsentnahme kann das Geld zum Beispiel für die Renaturierung von Fliessgewässern ausgegeben werden, das auch unsere Antwort, weil wir vorher die Anträge auf Verschlechterung abgelehnt haben. Es ist richtig, dass man den Fonds für diese Arbeiten benutzt. Man kann dieses Geld auch für den Schutz von seltenen Pflanzen und Tieren ausgeben. Das ist aus Sicht der FDP erwünscht. Viele Bauern profitieren davon, dass man diesen Gedanken der Biodiversität erfüllt. Insofern erfüllt er auch den Fondszweck.

Ich bitte Sie deshalb wirklich, den Minderheitsantrag zu unterstützen.

Nicole Barandun (CVP, Zürich): Ich spreche auch gleich zu den nachfolgenden drei Anträgen.

Wir sind nicht dafür, Massnahmen des San10 für einzelne Ämter bereits jetzt wieder rückgängig zu machen. Diesem Vorgehen, für einzelne Ämter etwas herauszupicken, haftet auch etwas Willkürliches an. Eine Budgetverschlechterung zwecks einer rascheren Umsetzung des Naturschutzkonzepts unterstützen wir ebenfalls nicht. Hingegen

unterstützen wir die zusätzliche Finanzierung von Artenschutzmassnahmen, wie sie das Postulat 192/2010 vorsieht. Wir haben auch das entsprechende Postulat unterstützt. Die zusätzlichen Mittel sollen dem Natur- und Heimatschutzfonds entnommen werden. Ich sehe nicht ein, weshalb das in der derzeitigen Situation nicht möglich sein sollte. Dessen Bestand rechtfertigt diese Massnahmen ohne Weiteres. Finanziert werden sollen keine weiteren Stellen, sondern Projekte.

Arnold Suter, das müssen wir tun, weil nicht alle wie Sie die Natur in Ruhe lassen wollen und in Zukunft in ihrem Garten zelten, nur noch Nüsse und Wurzeln essen und zu Fuss in den Kantonsrat kommen.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Zu diesem Thema hat Regierungsrat Markus Kägi vor einigen Monaten gesagt: Beim Artenschutz-Förderungsprogramm sind etwa 75 Prozent der Zielvorgaben erreicht. Damit ist alles im grünen Bereich. Sie erinnern sich, damals war ich anderer Meinung. Ich denke, heute müssen wir dem Regierungsrat die nötigen Instrumente in die Hand geben, damit er weiter als die 75 Prozent kommt.

Die EVP wird deshalb den Antrag der WAK unterstützen. Die übrigen Anträge werden wir ablehnen.

Angelo Barrile (SP, Zürich): Das dringliche Postulat, das schon genannt worden ist, wurde diesen September mit 106 Stimmen überwiesen. Folgerichtig wäre es gewesen, die Kosten zu budgetieren, was nun der WAK-Vorschlag nachholen möchte. Die vorgeschlagene Finanzierung der Artenförderungsmassnahmen ist saldoneutral, Arnold Suter. Das haben wir auch so besprochen. Die Mittel im Natur- und Heimatschutzfonds sind genügend vorhanden und auch für solche Finanzierungen gedacht. Wir haben auch abgemacht, dass es keine Personalaufstockungen gibt. Es geht um Projekte, die damit finanziert werden. Darum setzen Sie bitte im internationalen Jahr der Artenvielfalt ein Zeichen und stimmen mit der Kommissionsmehrheit und der SP diesem Antrag zu.

Hansjörg Schmid (SVP, Dinhard): Natürlich, Thomas Wirth, es stimmt. Das Jahr der Biodiversität wurde ausgerufen.

Robert Brunner, Sie sagen, wir wüssten, was wir zu tun haben. Ich habe heute per Zufall etwas landwirtschaftliche Lektüre mitgenom-

men. Da steht drin: Eveline Marendaz vom BAFU (*Bundesamt für Umwelt*) äussert sich zur Biodiversitätsstrategie und zur benötigten Landfläche. Das ist also nicht meine Erfindung, sondern das ist die zuständige Person beim Bund, die für die Biodiversität zuständig ist. Sie schreibt: «Zuerst muss ich betonen, die Biodiversitätsstrategie steht noch gar nicht. Zuerst muss der Bundesrat den Bericht genehmigen, dann kommt er vor das Parlament. Dieses muss die Biodiversitätsstrategie genehmigen. Kurz und gut, es ist noch viel zu früh, um über die Umsetzung zu reden. Die Landwirtschaft wird direkt vom Bundesrat via BLW (*Bundesamt für Landwirtschaft*)...» Das ist der eine Punkt. Auch Eveline Marendaz: «Selbstverständlich müssen auch im Siedlungsbereich Biodiversitätsziele erreicht werden.» Also, alle müssen etwas dazu beitragen. Sie sehen also, man ist grundsätzlich noch nicht so weit, dass man genau weiss, was man zu tun hat. Es ist auch so, dass Geld allein überhaupt nicht genügt. Biodiversität kann nur Erfolg haben, wenn wir alle bereit sind, auf Kosten der Natur zu verzichten. Geld allein macht die Biodiversität nicht aus.

Arnold Suter (SVP, Kilchberg), spricht zum zweiten Mal: Carmen Walker Späh und Angelo Barrile, im Fonds kommt das Geld auch irgendwoher. Das ist nicht einfach vorhanden, sondern der Fonds muss bestückt werden. Folglich sind es 2,5 Millionen Franken, die ausgegeben werden.

Thomas Wirth hat es selbst sehr schön gesagt. Die Natur braucht das Geld nicht. Das ist richtig. Das habe ich auch gesagt. Sondern die Verwaltung und alles, was damit zusammenhängt, die Fundis und die Öko-Betriebe brauchen das Geld. Genau richtig, so haben Sie das formuliert und so stimmt es.

Eines müssen Sie sich im Klaren sein: Ich arbeite seit 50 Jahren mit der Natur. Die Natur braucht Zeit. Die Natur können Sie nicht beschleunigen. Sie macht auch, was sie will und nicht, was Sie wollen. In dem Sinn spielt es überhaupt keine Rolle, ob Sie ein Jahr früher oder später 2,5 Millionen Franken bewilligen.

Regierungsrat Markus Kägi: Nach diesem fulminanten Votum getraue ich mich fast nicht mehr, das Wort zu ergreifen.

Der Antrag verlangte die Entnahme von 2,5 Millionen Franken aus dem Fonds für Natur- und Heimatschutz, obwohl im Budgetentwurf

2011 schon eine Entnahme von 2,2 Millionen Franken vorgesehen ist. Der Fondsbestand würde also im Jahr 2011 von 14,7 Millionen auf 10 Millionen Franken sinken. Bei einem analogen Vorgehen in den Folgejahren wäre der Fondsbestand bereits 2014 negativ beziehungsweise die Einlage von Steuergeldern in den Fonds müsste erhöht werden. Im KEF 2011 bis 2014 wird noch mit der gesetzlichen Mindesteinlage von 18 Millionen Franken geplant. Bei Annahme dieses Antrags müssten wir schon im nächsten KEF eine Erhöhung von 20 oder 21 Millionen Franken pro Jahr beantragen. Das sind die relativierten Zahlen.

Sie wissen alle, Markus Schaaf hat es auch erwähnt, dass wir unserem Ziel näher kommen und eine 100-prozentige Erfüllung unserer Aufgabe in diesem Gebiet nicht möglich ist. Wir müssen aber viel tun. Sie wissen aber auch, es wird viel getan. Natürlich können wir über den Zeitverlauf diskutieren. Arnold Suter, ich kann Ihnen versichern, dass diese Gelder nicht so verschleudert werden, wie Sie das hier geltend gemacht haben.

Abstimmung (Die Abstimmung untersteht der Ausgabenbremse.)

Der Antrag 35 wird dem Antrag 35a gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Antrag 35 der WAK mit 117 : 57 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Antrag 36a. *Minderheitsantrag Ralf Margreiter, Angelo Barrile, Elisabeth Derisiotis, Julia Gerber Rüegg, Peter Ritschard, Peter Stutz, Thomas Wirth (WAK)*

Verschlechterung: Fr. 732'000

Verzicht auf die San10-Massnahmen 102, 202–204, 206–207 im Bereich Wald und Naturschutz aufgrund der proportional höchsten Einsparungen beim ALN im San04

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): 2011, Sie werden es kaum mehr hören wollen, 2011 ist das UNO-Jahr der Chemie. Ich hoffe, dass der Chemieunterricht nicht schon halbiert wurde. Es ist aber auch das UNO-Jahr der Wälder. Jeder Forstkreis bereitet für die Bevölkerung Wanderungen durch den Zürcher Wald vor und darf dann der Bevölkerung erklären, wieso dem Regierungsrat und dem Kantonsrat von

Sanierungspaket zu Sanierungspaket der Wald offensichtlich immer weniger wert ist. Der Kanton Zürich als drittgrösster Holzproduzent der Schweiz mit einer Waldfläche, welche beinahe einen Drittel der Kantonsfläche bedeckt, spart einmal mehr am Wald. Beim San04 wurde postuliert, dass im Wald mehr Selbstverantwortung gelten müsse. Reden Sie mal mit den Förstern, was die davon halten. Jetzt geht es im gleichen Stil weiter. Wir haben einen wunderschönen Waldentwicklungsplan festgelegt. Sie haben einen wunderschönen Flyer «schütze, nutze, pfläge, gnüsse». Fehlt einfach der Untertitel: spare, spare, spare! Man formuliert mit grossem Aufwand und Vernehmlassungen diesen Waldentwicklungsplan mit ehrgeizigen Zielen. Damit ist offensichtlich das Geld schon ausgegangen. Reduktion Staatsbeiträge Walderhaltung 100'000 Franken, Reduktion Staatsbeiträge Naturschutz im Wald 150'000 Franken. Da kommt dann noch einiges Weitere dazu. Beim Naturschutz geht es mehr zulasten der Gemeinden, weniger LEK-Projekte (Landschaftsentwicklungskonzept), weniger Projektunterstützung. Diese Kürzungsmassnahmen wollen wir nicht.

Wir beantragen Ihnen, auf diese Sparmassnahmen im Umfang von 732'000 Franken zu verzichten.

Angelo Barrile (SP, Zürich): Auch diese San10-Massnahmen lehnen wir entschieden ab.

Wir haben es nun mehrmals gehört. Die Wirtschaft hat sich einiges erholt, besser als erwartet. San10 ist weiterhin nicht nötig. Zudem wurden im Rahmen von San04 im Bereich Wald und Naturschutz überproportional viele Gelder gestrichen. Korrekturen nach oben wurden keine gemacht. Das holen wir nun nach. Wer beim Naturschutz spart, spart auf dem Buckel von Wald und Tieren und am Schluss auch bei unserer eigenen Gesundheit.

Die SP wird aus den genannten Gründen dem Minderheitsantrag zustimmen. Ich bitte Sie, dasselbe zu tun.

Abstimmung (Die Abstimmung untersteht der Ausgabenbremse.)

Der Antrag 36a wird dem Antrag der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 36a mit 100 : 74 Stimmen bei 0 Enthaltungen ab.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8910 Natur- und Heimatschutzfonds

Ratspräsident Gerhard Fischer: Hier haben wir den ersten Minderheitsantrag unter der Leistungsgruppe 8800 bereits erledigt.

Antrag 37a. ***Minderheitsantrag Martin Geilinger, Michèle Bättig, Thomas Hardegger, Françoise Okopnik, Monika Spring, Eva Torp (KPB)***

Budgetkredit Erfolgsrechnung

Verschlechterung: Fr. 385'000

Das Naturschutzgesamtkonzept soll nicht verlangsamt umgesetzt werden, da die Natur den Schutz schon heute braucht und der Natur- und Heimatschutzfonds genügend Mittel enthält.

Martin Geilinger (Grüne, Winterthur): Ich beantrage keine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung für den Naturschutz. Das Jahr 2010 ist das UNO-Jahr der Biodiversität. Schön haben wir bereits beim Naturschutz nicht gespart. Schade, dass es nur für einen Antrag reichte. Ich hoffe nun, wir können da noch einen guten Abschluss für das Biodiversitätsjahr setzen.

Die Regierung will mit San10 bei der Umsetzung des Naturschutzgesamtkonzepts sparen. Das geht direkt zulasten der Biodiversität, zulasten des Schutzes von seltenen und gefährdeten Pflanzen, Tieren und Biotopen. «Verlangsamt umgesetzt werden soll», wie der Regierungsrat schreibt. Die gefährdeten Tiere warten nicht mit Aussterben. Wenn das Streichen dieser Naturschutzmassnahmen wenigstens steuereffusrelevant wäre, könnte ich noch ein gewisses Verständnis entwickeln. Aber nicht einmal das ist der Fall. Im Natur- und Heimatschutzfonds ist noch mehr als genug vorhanden.

Stimmen Sie meinem Antrag zu, und lehnen Sie die kosmetische, aber schädliche Ausgabenkürzung ab. Liebe Kantonsrätinnen, ich danke Ihnen für die Zustimmung. Ich denke, die Frauen werden in ihrer Weisheit zustimmen.

Michèle Bättig (GLP, Zürich): Das Naturschutzprojekt hat aus unserer Sicht hohe Priorität. Die Umsetzung soll durch eine Mittelkürzung, wie sie gemäss San10 vorgesehen ist, nicht weiter verlangsamt

werden. Der Natur- und Heimatschutzfonds enthält aktuell genügend Mittel, nämlich knapp 15 Millionen Franken. Aus unserer Sicht ist es legitim, wenn der Fondsbestand über die nächsten Jahre leicht sinkt, da mehr Geld verbraucht, als eingezahlt wird. Es ist somit sinnvoll, dass das Geld direkt dem Naturschutz zugutekommt, anstatt dass es im Fonds gehortet wird. Die Natur braucht den Schutz heute und sofort.

Abstimmung (Die Abstimmung untersteht der Ausgabenbremse.)

Der Antrag 37a wird dem Antrag der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag 37a mit 109 : 67 Stimmen bei 0 Enthaltungen ab.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8940 Denkmalpflegefonds

Konto 8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen

Konto 8960 Deponiefonds

Konto 8970 Kantonaler Waldfonds

Konto 8980 Wildschadenfonds

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste

Konto 9020 Finanzkontrolle

Konto 9065 Baurekursgericht

Konto 9066 Steuerrekursgericht

Konto 9070 Ombudsmann

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 9071 Datenschutzbeauftragter

Antrag 38. Antrag FIKO: entspricht Minderheitsantrag Hans Frei und Mitunterzeichnende

Minderheitsantrag Hans Frei, Andreas Erdin, Brigitta Johner, Philipp Kutter, Jürg Trachsel, Bruno Walliser (GL)

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. -2'189'700

neu: Fr. -2'039'700

Verbesserung: Fr. 150'000

Bei unveränderten Indikatoren und Beschäftigungsumfang wird eine negative Saldoüberänderung gegenüber Budget 2010 von CHF 300'000 ausgewiesen. Trotz zusätzlichen Abschreibungen ist die Aufwandssteigerung nicht ausgewiesen.

Hans Frei (SVP, Regensdorf): Auch die Geschäftsleitung prüft Teile des Budgets. Ins Auge gestochen ist die Saldoüberänderung beim Datenschutzbeauftragten um 300'000 Franken. Nach vertieften Abklärungen musste festgestellt werden, dass die Aufwandsentwicklung die letztjährige Kürzung von 5 Prozent wieder vom Tisch fegte und sich die Dienstleistungen Dritter gegenüber der Rechnung 2009 auf 240'000 Franken verdoppeln. Mit einem Kontrollblick auf die Indikatoren konnte unschwer erkannt werden, dass keine neuen Leistungen ausgewiesen werden. Auch der Beschäftigungsumfang ist als unverändert prognostiziert. Weiter gibt es dazu nichts auszuführen.

Wir beantragen Ihnen eine Kürzung von 150'000 Franken.

Esther Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon): Auch beim Datenschutzbeauftragten ist es wie in vielen Bereichen. Man will immer mehr Leistungen. Gleichzeitig will man dann beim Budget kürzen. Die Geschäftsprüfungskommission zum Beispiel verlangt immer mehr Kontrollen durch den Datenschutz, Stichwort E-Government. Mit den heutigen Mitteln können diese Kontrollen in den einzelnen Verwaltungsdirektionen des Kantons nur alle 15 Jahre durchgeführt werden. Ich erinnere daran, dass auch die STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*) schon froh war um die Beratungen durch Bruno Baeriswyl. Wir sind also als Kantonsräte froh um diese Leistungen und kürzen gleichzeitig das Budget.

Im Übrigen handelt es sich bei vielen Ausgaben um nicht beeinflussbare Posten wie höhere Arbeitgeberbeiträge, Dienstaltersgeschenke. Dies macht allein im Personalbereich eine Erhöhung von 67'000 Franken aus. Zudem müssen wir im Jahr 2011 67'000 Franken für Mobilien und Immobilien abschreiben. Dieser Betrag muss abgeschrieben werden. Das ist übrigens eine Vorgabe der Baudirektion. Das macht total bereits 134'000 Franken. Es ist also nicht so, dass die Aufwandsteigerung nicht ausgewiesen ist. Man muss die Zahlen einfach richtig interpretieren. Wenn man das Budget richtig liest, dann sieht das geübte Auge, dass die Vorgaben des KEF eingehalten werden. Ich stelle fest, dass die bürgerliche Seite allesamt am Erblinden ist, deshalb kann sie das selbstverständlich nicht sehen. Apropos Israelreise: Es handelte sich um die internationale Konferenz für Datenschutzbeauftragte. Daran nehmen jeweils ein bis zwei Kantone sowie der Bund teil. Diese Konferenz findet einmal im Jahr statt und dient der Vernetzung und dem Erfahrungsaustausch. Sie dient also der Weiterbildung. Dieses Jahr hat nicht der Datenschützer selber, sondern eine Mitarbeitende daran teilgenommen. Die Kosten beliefen sich auf 2447.65 Franken. Erstaunlich, dass die Sprecherin der FDP in der Eintretensdebatte diesen Betrag zum Anlass genommen hat, diese Weise zu kritisieren. Das ist kleinlich.

Lehnen Sie den Antrag auf Kürzung von 150'000 Franken der FIKO bitte ab.

Bernhard Egg (SP, Elgg): Ich habe die Aufgabe, Ihnen kurz die Meinung der Mehrheit der Geschäftsleitung mitzugeben. Wir haben den Datenschutzbeauftragten in der Geschäftsleitung angehört. Er hatte Gelegenheit, zum Kürzungsantrag Stellung zu nehmen respektive sein Budget zu vertreten. Ich brauche nicht zu wiederholen, was Esther Hildebrand schon vorgetragen hat.

Wenn ich schon hier bin, noch zwei Worte zu den Äusserungen von Katharina Weibel von gestern: Sie kamen auch bei mir recht polemisch an. Zum einen ist die Kontrolle des Schengen-Informationssystems erst 2012 budgetrelevant. Zum Zweiten hoffe ich nicht, dass Sie der Meinung sind, gerade diese komplexen Informationssysteme seien vom Datenschutzbeauftragten nicht zu kontrollieren. Ich glaube nicht, dass Sie das meinen. Auch der Seitenhieb, er habe offenbar nichts Gescheiteres zu tun als an Konferenzen herumzusitzen, dürfte nicht ganz verfangen. Ich denke, wir dürfen uns wünschen, einen Da-

tenschutzbeauftragten zu haben, der sich interessiert, was international läuft. Der Vorwurf, er weite sein Aufgabengebiet ständig aus, muss zurückgewiesen werden.

Die SP-Fraktion wird den Kürzungsantrag natürlich ablehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt dem Antrag 38 der FIKO mit 109 : 62 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 9300 Zürcher Verkehrsverbund

Konto 9510 Universitätsspital Zürich

Konto 9520 Kantonsspital Winterthur

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 9600 Universität Zürich

Ratspräsident Gerhard Fischer: Der Minderheitsantrag wurde bei der Leistungsgruppe 7401 erledigt.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 9690 Zentralbibliothek

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 9710 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften

Ratspräsident Gerhard Fischer: Der Minderheitsantrag wurde bei der Leistungsgruppe 7406 erledigt.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

13186

Konto 9720 Zürcher Hochschule der Künste

Ratspräsident Gerhard Fischer: Der Minderheitsantrag wurde bei der Leistungsgruppe 7406 erledigt.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 9740 Pädagogische Hochschule Zürich

Ratspräsident Gerhard Fischer: Der Minderheitsantrag wurde bei der Leistungsgruppe 7406 erledigt.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 9800 Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 9100 BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich

Konto 9200 Arbeitslosenkasse

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Gerhard Fischer: Unter Berücksichtigung der vom Rat beschlossenen Änderungen ergeben sich im Budget 2011 gesamthaft in der Erfolgsrechnung ein Ertragsüberschuss von 192'172'039 Franken und in der Investitionsrechnung Investitionsausgaben von 897'925'000 Franken.

Die Leistungsindikatoren mit Zielwerten stimmen mit dem Entwurf des Regierungsrates überein.

Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich und der Arbeitslosenkasse entsprechen dem Entwurf des Regierungsrates.

Minderheitsantrag Rosmarie Joss, Jörg Kündig, Hans Läubli, Sabine Sieber Hirschi, Katharina Weibel

Das Budget für das Rechnungsjahr 2011 wird abgelehnt und damit an den Regierungsrat zurückgewiesen.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Eine Minderheit der FIKO empfiehlt, das vorliegende Budget 2011 abzulehnen. Wir halten insbesondere die vom Rat beschlossene Pauschalkürzung um 126 Millionen Franken im Leistungskatalog 4950 als untragbar. Der Kantonsrat missachtet damit die ihm auferlegte Aufgabe, ein Budget zu erstellen, welches dem Regierungsrat einen klaren Auftrag erteilt. Ein solches Budget darf im Sinne einer sauberen Finanzpolitik nicht genehmigt werden.

Eine Minderheit der FIKO-Minderheit, welche sich in der FDP-Fraktion wiederfindet, wurde inzwischen von einem orientalischen Lüftchen ergriffen, sodass sich das Fähnchen aus mir immer noch nicht ersichtlichen Gründen gedreht hat und zieht nun ein bürgerliches Budget einem sauberen Budget vor.

Die Mehrheit der FIKO-Minderheit möchte aber nach wie vor die Ratsmehrheit auffordern, dieses verantwortungslose Budget abzulehnen und somit zurückzuweisen.

Ratspräsident Gerhard Fischer: Nun kommen wir zur Elefantenrunde. Ich erteile das Wort den Vorsitzenden der Fraktionen für ein Schlussvotum. Ich räume den Vorsitzenden dafür eine Redezeit von maximal zehn Minuten ein.

Hans Frei (SVP, Regensdorf): Die Budgetdebatte 2011 schwenkt auf die Zielgerade ein. Absehbar ist ein Zwischenziel auf einem steinigen Weg zu einer gesunden Finanzpolitik. Die SVP will mit Nachdruck die Politik der nachhaltigen Haushaltsführung umsetzen. Leistungen des Staats und die dafür eingesetzten finanziellen Mittel stehen in direkter Verhältnismässigkeit zur wirtschaftlichen Entwicklung. Diese Sicht wurde in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt und mit dem Budgetentwurf des Regierungsrates bestätigt. Nicht anders ist zu erklären, dass mit Faktor vier gegenüber der Teuerung die Aufwandentwicklung schöngeredet wird. Die SVP führt hartnäckig und konsequent den Kampf gegen ein überbordendes Ausgabenwachstum. So wurde der Regierungsrat bereits im Budget 2010 aufgefordert, eine

begrenzte Aufwandentwicklung mit Einbezug der Teuerung in Varianten vorzulegen. Die dazugehörige Antwort des Regierungsrates haben wir unlängst erhalten. Weitere Berichterstattungen aus der Finanzdirektion bilden die Grundlagen zu einigen Bemerkungen zum Budget 2011. Erstens: Eine Beschränkung auf 12 Milliarden Franken sei nicht möglich. Rechnung 2008 11,8 Milliarden Franken, Jahresteuern 2009 minus 0,5 Prozent, eingerechnete Teuerung 2010 bei 1 Prozent, ergibt einen betrieblichen Aufwand von 11,85 Milliarden Franken. Alles andere darüber ist neuer, zusätzlicher Aufwand, der durch eine konsequente Aufgabenüberprüfung und Prioritätensetzung eingegrenzt werden müsste.

Zweitens: Eine alleinige Fokussierung auf die Aufwandseite ergäbe ein einseitiges Bild, da bestimmte Erträge vom Bund eingefordert werden können. Diese Antwort erweckt den Eindruck, als wäre dem Regierungsrat das Bewusstsein abhanden gekommen, dass bei Bundes-, Staats- und Gemeindesteuern immer der gleiche Steuerzahler zur Kasse gebeten wird. Der Anreiz, aus dem Lastenausgleich möglichst viel für den Kanton Zürich zurückzuholen, ist richtig, aber rechtfertigt das Ausgabenwachstum nicht.

Drittens: Ein besseres Rechnungsergebnis darf erwartet werden. Die frohe Botschaft unserer Finanzdirektoren wiederholte sich dieses Jahr in regelmässigen Abständen. Zwischenberichterstattung eins vom 8. Juni 2010, Antwort zum Postulat zur Begrenzung des Aufwands vom 7. Juli 2010, Budgetvorlagen vom 15. September 2010, Zwischenberichterstattung zwei vom 6. Oktober 2010. Eine Verbesserung von 800 Millionen Franken wirkt bei linken Politikerinnen und Politikern wie vorgezogene Weihnachten. Sie werden es kaum glauben, seit die frohe Botschaft verkündet wurde, setzte auf der linken Ratsseite die Vorweihnachtszeit ein. Die Augen glänzten wie unter dem Weihnachtsbaum. Geschenke sind angesagt. Die Umverteilung nimmt ihren Lauf. Neue Lohnforderungen wurden genährt, fünf Wochen Ferien für alle gefordert und unersättlich wird das Wunschprogramm ausgebaut, siehe unsere Debatte.

Viertens: Die Methode der Steuerschätzung stimmt. Als eigentlicher Höhepunkt folgte noch ein externes Gutachten, um die positiven Steuerertragszahlen zu bestätigen. Das Wichtigste in diesem Gutachten ist im letzten Satz der Medienmitteilung nachzulesen: «Dabei kann es auch zum Gegenteil von Nachträgen, also Rückträgen kommen, wenn die tatsächlich vereinnahmten Nachträge geringer waren

als die geschätzten.» Die SVP warnt mit aller Deutlichkeit vor einer auf zu hohe Steuerertragserwartung ausgerichtete Finanzpolitik. Rückträge aufgrund zu hoch budgetierten Nachträgen wären schlicht unverantwortlich. Das ist nicht die Finanzpolitik der SVP. Aussergewöhnliche Erträge aus Steuern der Vorjahre nehmen wir mit dem Rechnungsabschluss zur Kenntnis. Ausserordentliche Einnahmen sind direkt dem Schuldenabbau zuzuordnen. Diese sind unabhängig der Einschätzung des 100-prozentigen Steuerertrags zu beurteilen. Sie sind vor allem nicht einzubeziehen zur Rechtfertigung eines ausserordentlichen Aufwandwachstums.

Finanzdirektorin Ursula Gut, erlauben Sie mir die Kritik: Der Kommunikationsverlauf der aussergewöhnlich und wenig differenzierten Steuerertragserwartung aus früheren Jahren lässt sämtliche Anstrengungen zu Korrekturen im Aufwandwachstum im Keim ersticken. Ich kann es drehen und wenden, wie ich will, ein Hauch Goldküsten-Finanzpolitik schlägt durch. Erträge gut – alles gut.

Diese Finanzpolitik reflektiert nicht die tatsächlichen Schwierigkeiten in unserem Staatshaushalt. Von einem Jahr auf das andere eine halbe Milliarde mehr betrieblicher Aufwand in unserem Staatshaushalt kann die SVP und können mit ihr unsere Wählerinnen und Wähler nicht verantworten. Andere Parteien sprechen bereits von schmerzhaften Eingriffen durch das Sanierungsprogramm, obschon sie wissen und dieses in den Unterlagen nachzulesen ist, dass auch nach der Umsetzung des San10 die Aufwandentwicklung weit höher zunimmt als die Teuerung. Die massive Teuerung des Fremdkapitals bei gleichbleibendem Finanzvermögen lässt die Verschuldung um einen Drittel ansteigen. Das im Jahr 2008 künstlich verdreifachte Eigenkapital wird in grossen Zügen abgebaut. Der Selbstfinanzierungsgrad ist absolut ungenügend. Mit solchen Perspektiven sind wir auf dem gleichen Weg wie unsere Nachbarstaaten, die heute ihrer Bevölkerung empfindliche Opfer zur Abwendung von staatlichen Finanzkrisen abverlangen. Dies ist äusserst schmerzhaft. Es ist nichts anderes als die Auswirkung, wenn der Staat über seinen tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen lebt.

Die SVP will Korrekturen zugunsten einer gesunden Finanzpolitik und nicht die Probleme kommenden Generationen übertragen. Die SVP hat in aller Deutlichkeit mitgeteilt, dass sie nicht bereit ist, den Budgetentwurf des Regierungsrates zu akzeptieren. Dies gilt auch heute noch. Der Budgetentwurf ist zwingend auf der Aufwandseite zu

verbessern. Nur aufgrund dieses Drucks konnten in der Finanzkommission Korrekturen bei der Aufwandseite eingebracht und sämtliche linken Anträge zur Aufstockung des Budgets abgewendet werden. Leider befand sich die FDP zwischenzeitlich auf einem finanzpolitischen Abstecher im linken Lager. Heute gehen wir davon aus, dass sie den Kurs wieder zurückgefunden hat.

Das Ergebnis der Budgetdebatte lässt sich nüchtern zusammenfassen. Die Detailberatung brachte keine Verschiebung bei den Leistungen und den Indikatoren. Im Ergebnis ist die Debatte tatsächlich ernüchternd. Unser Ordnungsantrag zu Beginn betreffend Effizienzsteigerung hätte zur zusätzlichen Einsparung von zwei Sitzungsgeldern beigetragen.

Die SVP beantragt Ihnen, dem bereinigten Budget 2011 zuzustimmen.

Raphael Golta (SP, Zürich): Das Label «bürgerlich», das dem Budget 2011 gestern vonseiten der FDP angeheftet wurde, ist definitiv kein Qualitätslabel. Wir haben ein Budget, das beim Personal und den Investitionen zu tief ansetzt. Wir haben ein Budget, das sich an ausgesprochen fragwürdigen Prognosen orientiert. Wir haben ein Budget, das die Verantwortung an die Regierung abschäufeln will.

Entscheidend für die Budgetablehnung durch die SP ist der letzte Punkt. Die bürgerliche Mehrheit will abbauen, ohne dass sie einmal mehr die Verantwortung übernehmen will, wo dieser Abbau zu erfolgen hat. Hans Frei, Prioritätensetzung sieht anders aus, als das, was Sie gestern und heute betrieben haben. Damit untergraben Sie die Budgetkompetenz dieses Rates und widersprechen dem kantonalen Finanzhaushaltsrecht.

Es ist auch unlauter, so zu tun, als wären diese 126 Millionen Franken für den kantonalen Haushalt ein Klacks, wie dies mehrfach in der Debatte behauptet wurde. Immerhin handelt es sich um das Dreifache dessen, was Sie durch die Reduktion der Prämienverbilligung gestern bereits an Leistungen abgebaut haben. Diesen unsolidarischen Akt wollten Sie mittragen. Für alles Weitergehende soll doch bitte die Regierung geradestehen.

Es stand aber auch nie ein Qualitätsanspruch hinter dem Budget mit dem Label «bürgerlich». Allein entscheidend waren offensichtlich die Budgetpartner: SVP, FDP, CVP und Grünliberale; eine SVP, die ges-

tern verhindern wollte, dass wir zu den Anträgen überhaupt sprechen können; eine FDP, die sich im finanzpolitischen Bazar verirrt hat; eine CVP, die immer und überall ein strukturelles Defizit am Horizont zu erkennen glaubt; eine GLP, die sich vor lauter Überidentifikation mit dem Bürgerblock an die vorderste Front der kantonalen Staatsabbau-Apostel stellt.

Lassen Sie mich noch ein paar Dinge zu den finanziellen Aussichten des Kantons festhalten. Bei aller Unsicherheit, welche die wirtschaftliche Entwicklung mit sich bringt, steht der Kanton Zürich finanziell und wirtschaftlich gut da. Die grössten Risiken für unseren Standort gehen definitiv nicht von allfälligen Defiziten in einzelnen Rechnungsjahren aus. Nein, einerseits müssen wir dafür sorgen, dass der soziale Ausgleich in unserem Kanton nicht vergessen geht. Es sollen alle etwas vom Erfolg Zürichs abkriegen, nicht nur wenige Topverdiener. Hans Frei, es findet Umverteilung statt im Kanton Zürich. Sie betreiben aber eine Umverteilung von unten nach oben. In diesem Zusammenhang werden die Mai-Abstimmungen zur Steuergesetzrevisi-on und zur Prämienverbilligung besonders wegweisend sein. Zudem müssen wir auch den langfristigen Erfolg unseres Kantons sichern, indem wir genügend in unsere Infrastrukturen investieren, so etwa in die Bildungseinrichtungen und den öffentlichen Verkehr. Votantinnen und Votanten der bürgerlichen Fraktionen haben mehrfach beklagt, dass trotz anständiger Wirtschaftslage keine höheren Rechnungsüberschüsse erzielt wurden. Seien Sie doch ehrlich, als würden Sie es jemals zulassen, dass unser Kanton in guten Zeiten oder in irgendwelchen Zeiten höhere Überschüsse erzielt. Sollte sich einmal ein höherer Überschuss auch nur schon abzeichnen, der Steuerfuss würde schneller gesenkt, als Katharina Weibel Bazar sagen kann.

Ich komme zu den Steuerprognosen: Ein von der Finanzdirektion in Auftrag gegebenes Gutachten hat vor zwei Wochen festgestellt, dass bei den Steuerprognosen keine Fehler gemacht wurden. Dies ist keine gute Nachricht. Wenn bei einem Ausreisser von 800 Millionen Franken alles richtig gemacht wurde, wo gedenkt die Finanzdirektion mit ihren Prognosen zu landen, sollte ihr erst einmal ein Fehler unterlaufen? Die Diskussion rund um die Gründe für die Fehler in den Steuerprognosen ist ein Nebenschauplatz. Entscheidend ist, welches Gewicht Prognosen in unserer Finanzpolitik einnehmen sollen. Wer erkennt, dass Prognosen in den entscheidenden Momenten der wirtschaftlichen Entwicklung versagen – und bei 800 Millionen Franken

darf man sehr wohl von einem Versagen sprechen, ein Versagen der Prognosen, nicht derjenigen, die sie erstellen –, der kann nicht allen Ernstes zur Tagesordnung übergehen. Wir brauchen eine neue Basis, eine neue Grundlage für die Finanzpolitik, eine Grundlage, die sich nicht mehr an unbrauchbaren Prognosen orientiert. Leider ist die Regierung der Aufforderung der SP zu einer entsprechenden Aussprache mit allen Fraktionen im letzten Sommer nicht nachgekommen. Lieber wird weiter gewerkelt und falsch prognostiziert.

Dieses bürgerliche Budget lassen wir bürgerliches Budget bleiben. Es ist kein ehrliches und kein gutes Budget. Deshalb lehnt die SP-Fraktion das Budget 2011 ab.

Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon): Die FDP-Fraktion wird dem nun bereinigten Budget zustimmen.

Kernpunkt des diesjährigen Budgets war zweifellos die Budgetverbesserung im Sammelkonto 4950, weshalb ich mich vor allem dazu äussern werde. Vorab halte ich aber fest, dass wir froh sind darüber, dass es uns gelingt, ein bürgerliches Budget zu verabschieden, um den Wählerinnen und Wählern vor den Wahlen das Signal zu geben, dass die bürgerliche Mehrheit im Parlament die bürgerliche Regierung darin unterstützt, haushälterisch mit den Mitteln umzugehen und gegen die stete Aufwandsteigerung anzugehen. Für dieses Ziel sind wir auch bereit, Kompromisse einzugehen.

Im Budgetprozess hat sich vorerst einmal Gewohntes abgespielt. Die linke Ratsseite hat einmal mehr nicht den geringsten Anlass auch nur schon für die kleinste Reduktion der Aufwandsteigerung gesehen, sondern fröhlich Budgetverschlechterungs-Anträge gestellt. Das ist einfach immer wieder aufs Neue finanzpolitisch verantwortungslos, weshalb sie für uns als Partner in finanzpolitischen Belangen einfach regelmässig ausser Traktanden fallen.

Unsere Kollegen in finanziellen Belangen finden wir, wenn denn auf der bürgerlichen Ratsseite. Auch hier war zu Beginn des Budgetprozesses das gewohnte Spiel auszumachen. Die SVP stellte wie jedes Jahr zuerst einmal groteske Kürzungsforderungen, schwenkte dann aber ein zu einem Kompromiss, was der grössten Fraktion in diesem Rat angesichts ihrer Verantwortung auch gut ansteht. Die Grünliberalen markieren finanzpolitisch den strammen Max, wobei wir gespannt beobachten werden, wie dies mit ihren grünen Positionen auf die

Dauer aufgeht. Wir wünschen der GLP im Interesse einer hoffentlich weiterhin verantwortungsvollen Finanzpolitik hierbei toi, toi, toi. Die CVP dokumentiert Sparwille im Wissen darum, dass sie die gewichtigste Massnahme des Sanierungspakets San10, die Reduktion der Krankenkassenprämien-Verbilligungen, nicht mittragen wird. Angesichts dieses Verhaltens war die gestrige Kritik von Brigitta Leiser an der FDP mit dem Vorwurf der fehlenden klaren Linie wohl eher ein Selbstgespräch. Nichtsdestotrotz verdient diese bürgerliche Ratsseite das Bemühen, die Aufwandsteigerung in den Griff zu bekommen. Dieses Bemühen teilen wir mit der Regierung. Das zählt für uns.

Wir unterstützen den Kompromiss und damit auch den 126 Millionen-Kürzungsantrag im Sammelkonto 4950. Wir haben in der Fraktion mehrfach und ausführlich diskutiert, ob diese pauschale Kürzung dieses Mal wirklich noch notwendig sei. Wir haben Kürzungen im Sammelkonto in der Vergangenheit jeweils mitgetragen, weil wir damit signalisieren wollten, dass der Spardruck auf die Regierung aufrechterhalten bleiben soll. Nachdem die Regierung für dieses Budget mit dem San10 reagiert hat, stellte sich uns die Frage, ob nicht auf dessen Umsetzung der Fokus zu richten ist. Insofern hat mich Ralf Margreiter gestern durchaus richtig zitiert. Hierfür danke ich.

Nun wir tun das Eine und lassen das Andere deshalb nicht. Die Mehrheit der Fraktion ist der Auffassung, dass noch weitestgehend unklar ist, was sich von den Plänen von San10 wirklich realisieren lassen wird und es deshalb zu früh ist, den Spardruck bereits zu lockern. Auch ist es leider eine Tatsache, dass auch dieses Mal der Aufwand zum Vorjahr um 2,3 Prozent ansteigt – weit mehr als die Teuerung. Der Regierung soll gezeigt werden, wir stehen hinter San10. Wir sind uns bewusst, dass dessen Umsetzung ein hartes Stück Arbeit werden wird. Wir signalisieren, dass wir den Sparwillen der Regierung ohne Einschränkungen mittragen. Ich halte hier an die Adresse der linken Ratsseite gerne noch einmal fest: Sparen heisst in diesem Zusammenhang, die jährliche Aufwandsteigerung etwas zu bremsen. Wir wollen für den Kanton Zürich ein bürgerliches Budget. Wir wollen mit SVP, CVP und GLP eine Grundlage schaffen für grosse Herausforderungen im kommenden Jahr. Hier seien exemplarisch die Reduktion der Krankenkassenprämien-Verbilligung, Massnahmen zu San10, aber auch das Steuerpaket genannt. Mit unseren linken Kolleginnen und Kollegen ist da leider nichts zu machen. Es ist nicht nur so, dass sie

regelmässig wie auch dieses Jahr das Budget verschlechtern wollen. Nein, Sie haben auch keinerlei Idee, wie die Einnahmenseite, das Steuersubstrat in diesem Kanton, verbessert werden könnte.

Die FDP hat bereits vor vier Jahren im Rahmen ihres Viersäulen-Prinzips gefordert, dass bei der nachhaltigen Sanierung des Staatshaushalts neben den selbstverständlichen Massnahmen auf der Aufwandseite auch der Pflege der Ertragsseite Beachtung zu schenken ist. Wir haben folgerichtig, konsequent und wiederholt gefordert, dass eine Steuerstrategie zu erarbeiten sei. Diese liegt, wie Sie wissen, vor und zeigt uns emotionslos auf, welche Gruppe von Steuerzahlenden welche Anteile an die Steuererträge leisten und dass wir nun gezielt die notwendigen Massnahmen umsetzen müssen, welche nötig sind, um den Kanton Zürich wieder in die vorderen Ränge zu bringen beziehungsweise das Steuersubstrat zu erhalten und zu stärken. Der Kanton Zürich muss sich für den immer härter werdenden Verteilungskampf unter den Kantonen rüsten und im Steuerwettbewerb Boden gut machen. Das Steuerpaket, das jetzt dann zur Abstimmung kommt, ist hierfür geeignet, denn wir sind überzeugt, dass damit mittel- und langfristig das Steuersubstrat erhöht wird.

Die klassenkämpferische Parole «keine Steuergeschenke für Reiche», Hans Läubli, zeugt nur von einem, nämlich von wenig Sachverstand. Der Gegenvorschlag der SP ist leider eine reine Umverteilungsübung ohne Potenzial für Mehrerträge. Nein, hier sind eindeutig die Bürgerlichen in diesem Rat gefordert. Wir zählen auf deren Unterstützung und stimmen in diesem Sinn dem Budget zu.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Die Fraktion der Grünen und der AL wird dieses Budget ablehnen oder zurückweisen.

Was ist unser Fazit? Arnold Suter hat uns mit seinem Paukenschlag gezeigt, wie sich die SVP Demokratie vorstellt, wenn sie denn die Macht hätte: ein Volkskongress mit dem grössten Klaus als Vorsitzenden und ein Parlament, das allenfalls noch klatschen und mit der SVP-Fahne winken darf. Das ist nicht unsere Vorstellung von Demokratie, auch nicht zum Preis von zwei Sitzungsgeldern, Hans Frei.

Die Mehrheit in diesem Rat, welche auch die Mehrheit in der Regierung stellt, hat einmal mehr gezeigt, was sie von ihren eigenen Regierungsräten hält, nämlich herzlich wenig. Anders kann man den erneuten Missbrauch des Kontos 4950 nicht interpretieren. Der Eiertanz der

FDP hat die ganze Peinlichkeit ihrer Vorstellung klar gemacht. Sie trauen ihren eigenen Regierungsräten das Regieren nicht zu, haben aber nicht einmal die mindeste Ahnung, was sie selber wollen und machen ihre Inkompetenz dann auch noch öffentlich, indem Sie wiederholt den Trick mit dem Konto 4950 vorführen. Man kann sich nun fragen, was eigentlich peinlicher ist: die SVP mit ihrer Vorstellung parlamentarischer Arbeit oder das Groupetto von grünliberal bis SVP, das seine eigene Hilflosigkeit in Finanzfragen öffentlich macht. Mein Tipp übrigens gratis an die FDP: Glauben Sie mir, meine politische Erfahrung hat gezeigt, gewählt wird letztlich immer das Original und nicht die, die hinterher hüpfen.

Die Grünen haben kein Problem damit, wenn der Regierungsrat seine laufende Aufgabe erfüllt, indem er die Direktionen kritisch nach Leerläufen und Überflüssigem durchleuchtet. Das ist Teil der Regierungsarbeit. Das wäre eigentlich das Daily Business. Wenn er das dann auch noch publikumswirksam als Sanierungspaket dem geneigten oder dem weniger geneigten Elektorat verkaufen will, dann zeigt er zumindest, dass er kein Vertrauen in die eigenen Fraktionen hat. Die Finanzierung unseres Staatshaushalts gerät immer mehr zur Wundertüte. Von einer gescheiterten Planung, von Verlässlichkeit und damit natürlich von einer absolut notwendigen Glaubwürdigkeit kann keine Rede sein. Wenn sich die Verwaltung mit ständig wechselnden Eckdaten für ein Sanierungsprogramm selber beschäftigt, meldet die Finanzdirektorin fast monatlich oder stündlich Verbesserungen der Steuereinnahmen. 800 Millionen Franken purzeln völlig unerwartet in die Kasse. Niemand hat es gemerkt. Das Ganze schien der Regierung aber dann doch auch eher suspekt, und sie beauftragte, wie das heute so Mode ist, einen externen Gutachter. Dieser fand heraus, was wir alle schon wussten, aber er wurde ganz bestimmt besser dafür bezahlt, das wird wohl niemand bestreiten. Wir hoffen aber trotzdem auf eine Verbesserung. Wir hoffen damit auf die Lernfähigkeit der Regierung. Wir hoffen wirklich – dies haben wir auch schon öfter gesagt – auf eine neue Basis für die Steuerprognosen und damit auf mehr Verlässlichkeit für die Zukunft.

Die Grünen haben einen eigenen Sparvorschlag gemacht. Das hat Robert Brunner schon gesagt. Wir haben ihn in diesem Parlament auch durchgebracht, indem wir den Polizei- und Justizpalast abgelehnt haben. Regierungsrat Markus Notter hat uns am Montag wieder versucht, das System des Globalbudgets zu erklären. Es finden sich be-

kanntlich keine Indikatoren zum PJZ im Budget. Das zeigt übrigens, wie überflüssig das ganze Ding ist. Es zeigt aber vielleicht auch, dass Regierungsrat Markus Notter nicht immer ganz recht hat.

Dieses Budget zeigt einmal mehr, wie sich die Velofahrer von grünliberal bis SVP die Zukunft vorstellen. Man trampelt nach unten, und nach oben duckt man sich. Die Grünliberalen haben übrigens gezeigt, wie ihre Strategie gegen die Klimaerwärmung aussieht. Man erhöht die soziale Kälte und erhofft sich daraus einen Ausgleich. Der trifft dann aber leider dummerweise genau den Mittelstand, um den man sich sonst in jedem zweiten Votum bemüht.

Unsere Vorstellung vom Budget haben wir transparent gemacht. Wir wollen, dass der Kanton ein anständiger Arbeitgeber ist und die Mitarbeitenden in Lohnfragen ernst nimmt. Wir wollen, dass der Kanton die Energiezukunft aktiv und selbstständig in die Hände nimmt und sich nicht am Gängelband der Axpo führen lässt. Wir wollen einen Kanton, welcher die Umwelt ernst nimmt und der Natur und dem Wald Sorge trägt.

Stünde nicht die Abstimmung mit den Steuergeschenken an die Reichen vor der Tür, hätten Sie sich diesen peinlichen Bazar, wie die FDP das ehrlicherweise gerade selber nennt, ersparen und mit einem transparenten und klaren Budget ins Jahr 2011 wechseln können. Da muss ich noch beifügen, die Rede von Hans Frei, werden wir uns sehr gut merken. Ich hoffe, dass er mir das Manuskript gibt. Das ist wichtig für die Abstimmung.

Mit diesem Budget erfüllen wir gerne Ihren Wunsch nach einem bürgerlichen Budget. Unseres ist es auf keinen Fall. Wir weisen es zurück.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Es sieht so aus, dass wir der Regierung ein gültiges Budget unter den Tannenbaum legen können. Damit sind wir schon einen grossen Schritt weiter als die Stadt Zürich. Damit können wir zufrieden sein.

Arbeiten und Projekte bleiben sonst liegen. Das dient weder dem Service public noch der Qualitätssicherung und ist auch nicht besonders nachhaltig, um einige Kampfbegriffe zu gebrauchen. Darum ist es jetzt stur, wenn Esther Guyer und Raphael Golta im Brustton verkünden, sie würden das Budget ablehnen. Sie entziehen sich damit mit ihren Fraktionen gewohnt der Verantwortung. Das sind wir uns ja ge-

wohnt. Die Rollen sind verteilt hier im Rat. SP, Grüne und auch die SVP verstehen es, ihre reine Lehre zu verkünden und diese stärker zu gewichten als jede tragfähige Lösung. Wir setzen uns dafür ein, dass am Schluss ein gültiges Budget vorliegt. Man kann mit dieser Rolle das Maul vielleicht nicht so weit aufreissen, aber wir übernehmen diese Aufgabe gerne, denn wir sind uns bewusst, hinter diesem Budget stehen anerkannte staatliche Leistungen. Wir wollen schliesslich alle gute Schulen, gute Spitäler und einen öffentlichen Verkehr, der funktioniert. Vom Hocker gehauen, hat mich deshalb schon, dass die FDP das Budget ursprünglich ablehnen wollte. Ausgerechnet der FDP, die, wie ich kürzlich irgendwo gelesen habe, die Schweiz so sehr liebt, ist es offensichtlich egal, ob der Kanton mit einem gesicherten Budget ins Jahr starten kann. Inzwischen dürfen wir feststellen, dass die Freisinnigen nach einem kleinen Slalomlauf doch noch im Ziel angekommen sind. Dafür lieben wir sie. Ich weiss, Sie wollten das Budget durchwinken, weil mit San10 sowieso gespart wird. Das ist ein schöner Gedanke, aber bitte bedenken Sie, San10 ist wie die Taube auf dem Dach. Mit diesem Budget haben wir immerhin den Spatz in der Hand. Das ist uns lieber. Denn Tatsache ist, ohne Sparen geht es nicht. Der Haushalt des Kantons Zürich ist selbst in wirtschaftlich guten Zeiten nur knapp zu finanzieren und das deshalb, weil der Aufwand jedes Jahr steigt. Allein der Sachaufwand nimmt dieses Jahr um 205 Millionen Franken zu. Das sind 8 Prozent. Ich weise auch darauf hin, diese Steigerung ist kein Naturgesetz. Wir müssen gerade in der heutigen unsicheren Zeit sorgfältig umgehen mit den Staatsausgaben und dort sparen, wo es möglich ist. Wir alle müssen die Diskussion führen: Muss eine Leistung tatsächlich erbracht werden? Stimmt der Umfang? Können wir sie vielleicht auch anders erbringen? Dafür, Regierungsrätin Ursula Gut, hätten wir wirklich wahnsinnig gerne den Leistungskatalog erhalten, den die Regierung mit San10 versprochen hatte. Leider war der nie gesehen. Wir von der CVP sind der Meinung, es gibt Sparpotenzial. Darum haben wir einige der Sparanträge unterstützt. Unsere Verwaltung kann und muss schlanker werden. Wir müssen die Zahl der Projekte beschränken. Nicht alle sind nötig. Wir brauchen sie nicht alle gleichzeitig. Vor allem, Projekte haben nicht nur einen Anfang, sie haben auch ein Ende. Wir müssen den Perfektionismus kappen. Nicht sparen werden wir auf dem Buckel der Schwächsten, der Kranken und der Familien. Damit gefährden wir das soziale Netz. Daran, Thomas Vo-

gel, orientierten wir uns gestern in der Debatte über die Krankenkassenprämien-Verbilligung. Daran kann ich keine Selbstgespräche oder irgendwelche Irrfahrten erkennen. Was die sozialen Fragen angeht, so muss ich gestehen, dass ich auch im vierten Jahr immer noch darüber staune, wozu die GLP fähig ist. Ohne mit der Wimper zu zucken, streicht sie bei den Krankenkassen-Prämien oder bei der Gesundheitsversorgung. Nur beim Umweltschutz darf es regelmässig «es bitzeli meh» sein. Langsam gewöhne ich mich daran, dass Sie ein grösseres Herz haben für Feld, Wald und Wiesen als für Menschen. Ich will Ihnen Ihre Meinung nicht nehmen. Ich würde einfach vorschlagen, dass Sie in der nächsten Legislatur nicht auf der linken Ratsseite Platz nehmen, sondern irgendwo dort drüben.

Was bleibt sonst noch von der Budgetdebatte? Ein Stoss Papier beim Drucker mit Wahlunterlagen und ausgedruckten Schulklassenplänen? Wir erinnern uns an chancenlose Anträge, zum Beispiel den 100'000er Sparanträgen von René Isler. Sie sind überflüssig, aber irgendwie gehören sie dazu. Ich hoffe dennoch, René Isler, dass wir sie bei den KEF-Anträgen nicht mehr finden werden. Ein Running Gag war auch die Budget-Lehrstunde von Regierungsrat Markus Notter. Letztes Jahr haben wir gelernt, dass wir am besten Pauschalanträge stellen, weil die Regierung dank Globalbudgets sowieso sparen kann, wo sie will. Dieses Jahr haben wir gelernt, dass es grosse Anträge sein müssen, weil die kleinen im Rauschen untergehen. Gestaut habe ich über die Idee der SVP, die Detailberatung einfach zu überspringen. Ich weiss, bei der SVP macht man das so. Darum dauern ihre Parteitage in Moonboots auch maximal zwei Stunden. Hier geht es aber nicht. Hier gibt es keinen Chefstrategen, der uns die Sätzli vorsagt. Ihr Vorschlag zeugt auch von einem bedenklichen Demokratieverständnis. Wir können nicht einfach abstimmen, ohne zu diskutieren. Es ist unsere Pflicht, unsere Haltung zu begründen. Es ist eine Frage der demokratischen Kultur, alle Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Das haben wir getan. Die Meinungen wurden ausgiebig ausgetauscht. Wir können abstimmen.

Wir stimmen zu.

Peter Ritschard (EVP, Zürich): Die Regierung hat uns ein Budget inklusive Sparmassnahmen von San10 von 239 Millionen Franken vorgelegt. Diese schon markante Entlastung des Budgets reichte den sogenannten bürgerlichen Parteien nicht. Wie schon in den Vorjahren

wird in einer Sammelposition eine Verbesserung des Budgets um 100 Millionen Franken verlangt. Eigentlich müsste der Kantonsrat seine Sparvorstellungen auf den Leistungsgruppen aufzeigen. Regierung und Volk muss gesagt werden, wo gespart werden soll. Ein Betrag von 100 Millionen Franken kann nicht einfach durch ein verbessertes Finanzmanagement eingespart werden, wenn zuvor schon San10 ins Budget integriert wurde. Leistungskürzungen wären unvermeidlich. Das ist auch der Grund, weshalb die Sparparteien nicht sagen wollen, wo gespart werden soll. Es ist ganz offensichtlich und auch durch die ungeschminkte Ankündigung von Katharina Weibel klar, dass keine Partei in jenen Bereichen sparen will, wo ihre Wähler betroffen werden. Zitat: «Wir lehnen alle Vorstösse ausser unsere eigenen ab.» Umso eifriger wird bei den Vorschlägen der anderen Parteien gespart. Die FDP erschien uns wie eine adrette Balletttruppe. Sie tanzt nach links, nach rechts, macht ein paar elegante Sprünge, wechselt die Kostüme, und plötzlich will sie auch 100 Millionen Franken sparen. Wir bleiben staunend und etwas benommen ob dieser fulminanten Vorstellung zurück.

Die SVP sagt von Anfang an klar, was sie will. Die Finanzkommission unter ihrem Präsidium könnte man in Sparbüro des Kantonsrates umbenennen. Anschrift an der Tür im Südzimmer: Hier werden Sie gespart. Nichts gegen das Sparen, aber am Ende der Sparspirale lauern Zustände wie im unregierbaren Kalifornien. Wer zu viel spart, verliert.

Bei den Grünliberalen hat das Sparen Priorität. Sie sind so überzeugt von ihrer nachhaltigen Sparpolitik, dass sie noch vier Denkmalpfleger zur Konservierung ihres Sparsinns beantragen.

Die CVP ist eine Regierungspartei. Wenn ihr Regierungsrat und in diesem Jahr sogar Regierungspräsident ein Herzensanliegen vorbringt, zeigt sie ihm jedoch die kalte Schulter. Oder hat sie sich einfach zu wenig gründlich mit dem Budget beschäftigt? Die vorübergehende Aufstockung im Generalsekretariat zur Bewältigung des Pendenzbergs der Rekurse aus dem Migrations- und Strassenverkehrsamt war auf jeden Fall sehr gut begründet. Spricht die CVP nicht mit ihrem Regierungsrat? Wir wissen es nicht. Was meinte Wilhelm Busch zu solchen Zuständen? «Vor allem der Politicus gönnt sich der Rede Vollgenuss. Wo gerade man nichts versteht, der Schnabel umso leichter geht.» Allerdings muss ich sagen, dass das manchmal auch auf die EVP zutrifft. (*Heiterkeit.*)

Aus der Sicht des Regierungsrates gibt der Kantonsrat eine doch eher klägliche Figur ab. Er will sparen, sagt aber nicht wo. Er ignoriert wichtige Anliegen der Regierung. Die Folgen lassen ihn kalt. Der Regierungsrat will gute Arbeit leisten. Das verlangen auch die Bürgerinnen und Bürger von ihm. So bleibt dem Regierungsrat in gewissen Fällen nichts anderes übrig, als zum Instrument des Nachtragskredits zu greifen. Immerhin kann man nach der langen Debatte mit Wilhelm Busch sagen: «Das Reden tut dem Menschen gut, wenn man es nämlich selber tut... Man sitzt gesellig unter vielen, so innig nah auf Polsterstühlen.»

Die EVP-Fraktion unterstützt das bereinigte Budget 2011, weil es einfach besser ist, wenn der Kanton ein Budget hat. (*Heiterkeit.*) In diesem Sinn wünscht Ihnen die EVP-Fraktion frohe Weihnachten und ein erfolgreiches 2011.

Thomas Maier (GLP, Dübendorf): In meinem Votum zum Eintreten habe ich von leuchtenden Augen bei der Vorfreude auf Weihnachten und Geschenke gesprochen. Haben wir Grünliberalen nun, wenn wir das Resultat der Debatte betrachten und ein Fazit ziehen, leuchtende Augen und freuen uns? Ganz sicher verspüren wir ein gutes Stück Befriedigung. Die Bilanz der grünliberalen Fraktion kann sich sehen lassen. Wir Grünliberale haben mit unserer lösungs- und konsensorientierten Politik massgeblich dazu beigetragen, dass wir sowohl in der Finanzkommission wie auch hier im Rat eine Mehrheit für ein Budget gefunden haben. Damit steht der Kanton einiges erfolgreicher und besser da als beispielsweise die Stadt Zürich. Dies ist nicht nur für die Löhne aller Mitarbeitenden, sondern auch für den Erfolg für die gesamte Wirtschaft und den Standort Zürich absolut zentral. Damit steht die Basis für einen erfolgreichen Start ins Jahr 2011.

Weiter auf der positiven Seite der Bilanz für die Grünliberalen: In der wie immer dauerhaften Detailberatung haben nur gerade 7 von 37 Anträgen eine Mehrheit gefunden. Alle anderen wurden abgelehnt, wenn ich das in dieser kurzen Zeit rasch richtig zusammengezählt habe. Drei von diesen Anträgen stammen von den Grünliberalen. Unseren primären finanzpolitischen Zielen sind wir damit sicher nähergekommen. Wir können das Ausgabenwachstum etwas bremsen. Wir können – so hoffen wir es zumindest – Schulden abbauen und damit unseren Kindern weniger Hypotheken überlassen und Spielraum gewinnen für zukünftige Herausforderungen. Damit machen wir auch einen

Schritt in Richtung der Lösung unserer strukturellen Probleme des kantonalen Finanzhaushalts. Es lässt sich aber nicht wegdiskutieren, dass wir noch viel Arbeit vor uns haben. Ein Teil meiner Vorredner hat dies auch so betont. Die langfristigen Aussichten scheinen wenig rosig. Wir müssen mit San10 endlich unser Ausgabenwachstum in den Griff bekommen. Dies wird wohl nur gehen, wenn wir auch langjährige Leistungen, an die wir uns bereits gewöhnt haben, kritisch hinterfragen. So können wir auch, ohne dass die Gesamtausgaben ständig steigen, neue, gesellschaftlich aktuelle Anforderungen an unseren Staat rasch und zielgerichtet erfüllen. So werden wir unserem Anspruch gerecht, unseren Bürgerinnen und Bürgern moderne und aktuelle Dienstleistungen und Services in guter Qualität mit einem effizienten Mitteleinsatz anbieten zu können. Gesunde Finanzen sind die Grundlage für eine gesunde Umwelt und gute Sozialleistungen. Davon sind wir 100-prozentig überzeugt. Wir Grünliberale sind dankbar, dass der Kantonsrat klar nicht bereit ist, ein weiteres ungebremses Wachstum auf der Ausgabenseite einfach hinzunehmen. Im Gegenteil, er nimmt seine Verantwortung wahr und gibt früh genug Gegensteuer. Wir warten nicht auf die Taube auf dem Dach, San10, sondern wir handeln heute. Dafür gebührt ein Dank.

Noch ein Wort zu San10: Was erwarten wir Grünliberale von San10? Wir erwarten von – das sage ich heute zum letzten Mal – «Vier gewinnt» (*bürgerliches Bündnis*) ein rasches und konsequentes Handeln, auch wenn 2011 die Wahlen anstehen. Wir erwarten, dass unsere strukturellen Probleme endlich gelöst werden. Nur so können wir möglichst stabile Verhältnisse schaffen, damit das Ausgabenwachstum des Staats sich in einem gesunden Mass bewegt. So sind wir für zukünftige Herausforderungen gerüstet wie eben eine neue Baisse der Wirtschaft, um damit sinkende Steuereinnahmen und wachsende Sozialausgaben meistern zu können. Nicht weniger und nicht mehr erwarten wir von dieser Regierung entsprechend ihrer Wahlversprechen vor vier Jahren und ihrer Versprechen, die sie zu 100 Prozent auch 2011 wieder abgeben wird.

Noch ein Wort zu all den Äusserungen zu uns Grünliberalen: Ich danke Ihnen allen für die Komplimente. Wir Grünliberale freuen uns auf die Wahlen 2011.

Reicht dies nun alles für leuchtende Augen, weil wir das bekommen haben, was wir wollten? Sagen wir es einmal so: Die Augen leuchten etwa so, wie wenn wir statt des gewünschten Jahrgangs-Portweins eine neue Krawatte geschenkt bekommen hätten. In diesem Sinn werden wir dem Budget zustimmen.

Stefan Dollenmeier (EDU, Rüti): Es ist uns eine Freude, dass wir als letzte Partei hier noch den Gedankenstrich und einen Schlusspunkt setzen dürfen.

Die EDU zieht nach diesen Budgetberatungen eine durchgezogene Bilanz. Zwar gibt es für uns ein paar Highlights. Wir sind froh, dass der Kanton bei den Löhnen nur unwesentlich hinter der Wirtschaft zurückliegt. Wir freuen uns, dass viele schlechte oder nicht begründete Kürzungsanträge abgeschmettert wurden. Unsere Nachkommen werden uns das eventuell danken, dass hoffentlich ein bescheidener Überschuss resultieren kann. Eine mittlere Unzufriedenheit resultiert bei uns hingegen bei den zu optimistischen Steuerprognosen, beim Gleichstellungsbüro, wo wir mehr kürzen wollten, beim Reptilienfonds, der einen schalen Nachgeschmack hinterlässt und bei den Studiengebühren, die die Hälfte von uns erhöhen wollte. Unzufrieden sind wir, dass die SVA-Entschädigung nun zulasten der individuellen Prämienverbilligung geht und dass keine zusätzlichen Steuersekretäre eingesetzt werden. Bemühend war die Tatsache, dass chancenlose Anträge nicht zurückgezogen wurden, obwohl gleichgelagerte reihenweise bachab geschickt wurden. Unschön fanden wir die Andeutungen eines gewissen Regierungsmitglieds, welches Kürzungsanträge kritisierte, man wolle am falschen Ort sparen, ohne aber zu kommunizieren, wo denn seiner Meinung nach der richtige Ansatz wäre.

Trotz dieser durchgezogenen Bilanz stimmt die EDU diesem Budget zu. Auch ein nicht rundum zufriedenstellendes Budget ist besser als kein Budget. Gemeinden, Verwaltung, Bevölkerung und Wirtschaft sind froh, wenn wir heute ein Budget verabschieden. Ich ersuche jene Fraktionen, die Nein stimmen wollen, der Allgemeinheit zuliebe doch noch zuzustimmen. Die EDU wird es tun, obwohl wir keine oder noch keine Regierungspartei sind.

Ratspräsident Gerhard Fischer: Die Beratungen zum KEF 2011–2014 sind abgeschlossen. Sie haben diesen zur Kenntnis genommen.

Regierungsrätin Ursula Gut: Sie haben in vielen Teilen den Anträgen des Regierungsrates zugestimmt, in einigen Bereichen andere Entscheide getroffen. Dies ist Ihr Recht. Deshalb verzichte ich heute auch auf eine Replik. Ich hätte mich natürlich gerne mit den sogenannten Goldküstenideen weiter auseinandergesetzt. Ich hätte gerne die Kommentare zu den Steuerprognosen verglichen mit dem Kommentar des Chefökonom des Gewerkschaftsbundes. Ich verzichte darauf.

Ich danke Ihnen sehr herzlich für spannende und auch amüsante Diskussionen. Ich bitte Sie, dem bereinigten Budget zuzustimmen, damit wir auf gesicherten Grundlagen ins neue Jahr starten können.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 118 : 57 Stimmen bei 0 Enthaltungen, das bereinigte Budget 2011 mit einem Ertragsüberschuss von 192'172'039 Franken in der Erfolgsrechnung und Investitionsausgaben von 897'925'000 Franken in der Investitionsrechnung zu genehmigen.

Das Geschäft ist erledigt.

Festtagswünsche des Regierungsrates

Regierungsrätin Ursula Gut: Im Namen des Regierungsrates danke ich Ihnen herzlich für Ihren grossen Einsatz im Jahr 2010, im gemeinsamen Bemühen mit dem Regierungsrat für die Zürcherinnen und Zürcher in allen Sachbereichen sinnvolle, nützliche, effiziente und kostengünstige Lösungen zu fällen. Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen fröhliche und erholsame Festtage und einen guten Rutsch in ein glückliches Neues Jahr. Ich freue mich, Sie im neuen Jahr alle wieder zu sehen, ob bürgerlich oder nicht. (*Applaus.*)

Ratspräsident Gerhard Fischer: Eigentlich schade, ich hätte Sie in der Weihnachtswoche zur 200. Sitzung einladen dürfen. Nun, das entfällt, Sie haben alle mehr oder weniger mitgeholfen, dass wir das Budget innert nützlicher Frist, sogar noch zu einer angenehmen Abendzeit über die Klippen bringen konnten und ihm erst noch zugestimmt haben. Das freut mich als Präsident.

Ich danke der EDU für das kleine Geschenk von gestern. Ich danke den Parlamentsdiensten, den Weibeldiensten und den Sicherheitsleuten für ihre Arbeit über diese Tage und durch das ganze Jahr. Ich danke der Regierung für die angenehme Zusammenarbeit und wünsche Ihnen allen frohe Festtage und ein glückliches Neues Jahr.

Verschiedenes

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Abschaffung der Schulprogramme**
Parlamentarische Initiative *Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen)*
- **Unterstützung privater Institutionen in ihrer Arbeit für ältere Menschen**
Anfrage *Walter Schoch (EVP, Bauma)*
- **Medizinisch unerklärliche Heilungen in Zürcher Spitälern**
Anfrage *Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.)*

Schluss der Sitzung: 21.30 Uhr

Zürich, den 14. Dezember 2010

Die Protokollführerin:
Barbara Schellenberg

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 17. Januar 2011.